


149. Sitzung, Dienstag, 28. Mai 2002, 16.30 Uhr

Vorsitz: *Thomas Dähler (FDP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen
6. A. Kantonsverfassung
B. Volksschulgesetz

Antrag des Regierungsrates vom 9. Mai 2001 und geänderter Antrag der KBIK vom 12. März 2002, **3858a** Seite 12351

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- *Persönliche Erklärung von Michel Baumgartner betreffend seine Aussage in der Eintretensdebatte..... Seite 12352*

Geschäftsordnung

Ratspräsident Thomas Dähler: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Persönliche Erklärung

Michel Baumgartner (FDP, Rafz): Gestern habe ich in der Eintretensdebatte wörtlich gesagt respektive behauptet: «Und was für unsere Sparwütigen hier im Saal auch nicht unwichtig ist, die Grundstufe kostet nicht mehr als der Kindergarten.»

Der Kommissionspräsident hat mich im Nachhinein für diese Aussage gerüffelt. Recht hat er. Ich entschuldige mich in aller Form für diese falsche Aussage. Ich war ungewohnt undifferenziert und habe die einmaligen und wiederkehrenden Kosten nicht sauber auseinander gehalten. Richtig ist, dass bei den einmaligen Kosten beim Kindergarten+ für den Kanton Kosten von insgesamt 10 Millionen Franken anfallen, nämlich 3 Millionen Franken für Projektkosten und 7 Millionen Franken für die Weiterbildung der Kindergärtnerinnen. Hingegen fallen bei der Grundstufe einmalige Kosten für den Kanton von 18 Millionen Franken an, nämlich 6 Millionen Franken Projekt- und 12 Millionen Franken Weiterbildungskosten. Also ist die Grundstufe beim Vergleich der einmaligen Kosten satte 8 Millionen Franken teurer als der Kindergarten+. Bei den wiederkehrenden Kosten entfallen auf den Kanton jährlich 1,1 Millionen Franken beim Kindergarten+ für die Personaladministration. Bei der Grundstufe ergibt der Saldo aus Mehrkosten Teamteaching, Minderkosten Sonderklassen A und Veränderung der Klassengrössen sowie der Personaladministration Kosten von jährlich 1,0 Millionen Franken; ein kleiner vernachlässigbarer Vorteil für die Grundstufe von 100'000 Franken. Bei den einmaligen wiederkehrenden Kosten entfallen auf die Gemeinden unter dem Strich keine zusätzlichen Ausgaben.

Fazit: Die einmaligen Kosten sind beim Vergleich bei der Grundstufe um 8 Millionen Franken höher. Wesentlicher aber ist jedoch die Tatsache, dass die wiederkehrenden Kosten bei der Grundstufe und beim Kindergarten+ gleich hoch ausfallen würden.

Ratspräsident Thomas Dähler: Michel Baumgartner, wenn wir gewusst hätten, dass Sie so lange reden, hätten wir die Uhr gestoppt. Wir haben es aber vergessen. Sie haben Glück gehabt.

6. A. Kantonsverfassung

B. Volksschulgesetz

Antrag des Regierungsrates vom 9. Mai 2001 und geänderter Antrag der KBIK vom 12. März 2002, **3858a**

Fortsetzung der Beratungen

*Detailberatung***A. Kantonsverfassung (Änderung)**

Ratspräsident Thomas Dähler: Die beantragte Änderung von Artikel 62 Absatz 5 der Kantonsverfassung steht im Zusammenhang mit der vorgesehenen Änderung der Aufsichts- und Qualitätskontrolle in den Paragraphen 40 und 41 des Volksschulgesetzes, wozu Inge Stutz, Hanspeter Amstutz, Oskar Bachmann, Werner Hürlimann, Christian Mettler und Jürg Trachsel ebenfalls einen Minderheitsantrag gestellt haben. Ich beantrage dem Rat,

die Grundsatzdiskussion bezüglich der Abschaffung der Bezirksschulpflege bei Paragraf 40, Volksschulgesetz, zu führen und anschliessend auf die Änderung der Verfassung zurückzukommen.

Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

B. Volksschulgesetz*Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Teil: Grundlagen*§§ 1 und 2*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*§ 3, Recht auf Schulbesuch und Schulpflicht****Minderheitsantrag Esther Guyer und Chantal Galladé***

Abs. 2: Kinder, die bis zum 30. April eines Jahres das vierte Altersjahr vollenden, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Die Schulpflicht dauert elf Jahre, längstens jedoch bis zum Abschluss der Volksschule.

Ratspräsident Thomas Dähler: Hier liegt ein Minderheitsantrag von Esther Guyer und Chantal Galladé vor. Dieser steht jedoch in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Grundstufe, über die im gleich anschliessenden Paragrafen 4 entschieden wird. Ich beantrage daher im Einverständnis mit den Unterzeichnerinnen, die Beratung dieses Minderheitsantrags erst nach dem Entscheid über Paragraf 4 durchzuführen.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Zu Paragraf 3, nicht zum Minderheitsantrag, den wir nachher behandeln: Um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass es sich in Absatz 2 um das pflichtgemässe Einschulungsjahr für alle Kinder handelt – ungeachtet des Ausgangs der folgenden Debatte um Grundstufe oder Kindergarten. Das beinhaltet, dass das zweite Jahr der Grundstufe oder des Kindergartens neu der Schulpflicht unterstellt wird. Die unter Paragraf 4 folgenden Minderheitsanträge um das vierte Altersjahr beziehen sich auf das freiwillige oder eventuell vorgeschriebene Jahr der Grundstufe oder des Kindergartens. Die Schulpflicht dauert deshalb neu zehn Jahre: ein Jahr Vorschulstufe, sechs Jahre Primarstufe, drei Jahre Oberstufe oder drei Jahre Grundstufe, fünf Jahre Primarstufe und drei Jahre Oberstufe. Dies zur Erklärung, damit keine Missverständnisse entstehen.

2. Teil: Öffentliche Volksschule

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

A. Gliederung

§ 4, Stufen

Minderheitsantrag Werner Hürlimann, Hanspeter Amstutz, Oskar Bachmann, Christian Mettler, Inge Stutz und Jürg Trachsel

Die öffentliche Volksschule besteht aus dem Kindergarten, der Primarstufe und der Sekundarstufe I.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa), Präsident KBIK: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Regierungsrat in der Vorlage 3858 weder eine Grundstufe noch eine Kantonalisierung des Kindergartens stipulierte.

Aus welchen Gründen auch immer diese Entscheidung getroffen wurde, sie gehört in die uns gegenüber freie Entscheidungsbefugnis des Regierungsrates. Der Regierungsrat hält an dieser Meinung fest.

Die Anträge lauten also wie folgt: Die Kommissionsmehrheit will die Grundstufe. Die Kommissionsminderheit will den Kindergarten+. Der Regierungsrat will keines von beiden, sondern den Kindergarten wie bisher in der vollen Befugnis der Gemeinden belassen.

Grundsätzlich ist der grundlegende Beweggrund – Sie merken das Wortspiel – für Grundstufe oder Kindergarten für alle Kommissionsmitglieder derselbe. Sie wollen erstens die Intuition, die Leidenschaft und Hingabe der Kinder im Vorschulalter erfahren und fördern. Zweitens wollen sie diesen Kindern den Zugang zur täglichen Vielfalt der Erwachsenenwelt ermöglichen. Drittens wollen sie das Selbstwertgefühl der Kinder stärken. Viertens wollen sie die jetzige Vorschulstufe, deren Lehrkräfte und die Ausbildung dieser Lehrkräfte in die Volksschule integrieren. Fünftens wollen sie die berühmten Kulturtechniken zulassen.

Die Geister scheiden sich eigentlich nur im Weg dahin, in der Struktur zum Erreichen dieser Zielsetzungen. Dass dem so ist, ersehen Sie daraus, dass sowohl im Mehrheits- wie im Minderheitsantrag der Gesetzestext lediglich durch das Wort «Grundstufe» oder «Kindergarten» unterschieden ist.

Die Kommissionsmehrheit will die Grundstufe. Sie soll durch altersdurchmischte Klassen in drei, offen und begabungsangepasst auch in zwei oder vier Jahren die oben genannten Ziele besser erreichen. Dazu sind wesentliche Schulstrukturänderungen nötig. Die Primarstufe würde mit der Grundstufe nur noch fünf Jahre umfassen.

Die Kommissionsminderheit will die gleichen Zielsetzungen innerhalb der jetzigen Schulstrukturen – sechsjährige Primarschule, Quartierkindergärten – erreichen. Ich verweise auf die folgenden grundsätzlichen Voten meiner Kolleginnen und Kollegen, die je nach Betrachtungsweise die Vorzüge Ihres Modells preisen werden.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, den Paragraphen 4 bis 6 in der normal gedruckten Version der Vorlage zuzustimmen.

Werner Hürlimann (SVP, Uster): Von offizieller Seite wird beteuert, dass nicht pädagogische, sondern ausschliesslich finanzielle Gründe den Regierungsrat dazu geführt hätten, weder die Grundstufe noch den Kindergarten+ in seine Vorlage aufzunehmen. Ich wage es, die Rich-

tigkeit dieser Darstellung zu bezweifeln. Ein bedeutender Mangel in der Regierungsvorlage des Volksschulgesetzes bestand tatsächlich darin, dass der Kindergarten als erste Bildungsstufe weder kantonalisiert noch als obligatorisch erklärt wird und dadurch keinen anerkannten Platz im zürcherischen Bildungswesen hat. Diesen Mangel wollen wir mit dem Minderheitsantrag unter dem Namen «Kindergarten+» beheben. Die zunehmenden Entwicklungsunterschiede zwischen Mädchen und Knaben – so bekräftigen die Befürworterinnen der Grundstufe – seien im traditionellen Kindergarten nicht mehr genügend aufzufangen. Daraus ergäbe sich eine verspätete Einschulung. Rund ein Viertel der Kinder sei zum Zeitpunkt der Einschulung ein halbes Jahr voraus.

Diese Argumentation mag auf den ersten Blick beeindrucken. Sie vernachlässigt aber die Tatsache, dass die psychische, physische und emotionale Entwicklung eines Kindes der intellektuellen Entwicklung oft nicht zu folgen vermag. So können sich bei einem Kind trotz scheinbar genügender intellektueller Reife Mängel in der Lernfähigkeit zeigen, weil nicht alle Funktionen vergleichsweise entwickelt sind. Zudem werden Kindergärtnerinnen immer mehr mit ordinären Erziehungsaufgaben konfrontiert. Ein guter Kindergarten hilft, das Selbstwertgefühl der Kinder zu stärken. Mit kleinen Lernaufgaben und naturwissenschaftlichen Experimenten können Kinder mit erstaunlichem Erfolg auf Naturgesetze aufmerksam gemacht werden. Der Kindergarten hat der Vielschichtigkeit der Vorbereitung auf die Schule Rechnung zu tragen. Er stellt in diesem Sinne die erste Bildungsstufe dar. Der Kindergarten hat bisher in der Vorschulerziehung erwiesenermassen wertvolle Dienste geleistet. Das lernende Spiel erweist sich auch heute noch als eine geeignete Methode und bietet allen Bedenken zum Trotz umfassende Vorbereitungen für den Übertritt in die Primarschule. Der Kindergarten soll in erster Linie die Grundbedürfnisse der Kinder dieser Altersstufe wie schöpferische Gestaltung, Verlangen nach Gemeinschaft und Geborgenheit abdecken.

Der traditionelle Kindergarten mit seinen altersgemischten Gruppen sowie mit den spielerischen Lehr- und Lernformen hat sich bewährt und muss mit durchaus nötigen Anpassungen erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass schon heute ein flexibler Übertritt in die Primarschule möglich ist. Die Kindergärtnerinnen verstehen es mittels verschiedener Themen aus dem Erlebnisbereich des Kindes die Sprache, das Hören, das Fühlen, das Denken, die Geschicklichkeit und die Konzentration sehr different zu

fördern. Wenn das Interesse der Mädchen und Knaben an Buchstaben und Zahlen erwacht, stehen unter anderem verschiedene Lernspiele zur Verfügung. Intellektuell sehr früh entwickelte Kinder können nach einem Jahr Kindergarten bereits heute in die Primarschule hinüberwechseln. Im Falle mangelnder Schulreife ist es andererseits möglich, ein Kind erst nach drei Jahren Kindergarten einzuschulen. Die Lehrkräfte des Kindergartens sind auch hinsichtlich der ganzen Übertritts- und Einschulungsthematik bestens ausgebildet. Zudem werden oft noch Fachleute sprich Psychologen beigezogen. Deren zusätzlichen Abklärungen helfen schon heute, vorzeitig schulreife und hoch begabte Kinder im richtigen Zeitpunkt ihren Bedürfnissen gerecht in die Schullaufbahn einzugliedern.

Alle diese Möglichkeiten einer individuellen Regelung des Übertritts in die Primarschule sind bereits heute gegeben. Es braucht unter diesem Aspekt keineswegs das Modell Grundstufe.

Die ablehnende Haltung von vielen Lehrpersonen gegenüber der Grundstufe ist verständlich und nachvollziehbar, denn es handelt sich hier um ein Modell, welches ungenügend erprobt worden ist, sodass man nicht auf Erfahrungen zurückgreifen kann. Ohne eine diesbezügliche positive Einstellung möglichst aller Lehrerinnen und Lehrer wird eine Zusammenarbeit indes schwierig werden. In der Grundstufe sollen 150 Stellenprozente zwischen einer Grundstufen- und einer Primarlehrkraft aufgeteilt werden. Erfahrungen mit verschiedenen Möglichkeiten wären zuerst in Schulversuchen zu sammeln und dann systematisch auszuwerten. Erst nachher liesse sich die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften der Vorschulstufe und solchen der Primarschulstufe verbindlich institutionalisieren. Die Grundstufe wurde lediglich im Seminar Unterstrass mit drei Klassen ausprobiert. Es wäre unvorsichtig, die Einführung einer neuen Schulstufe gesetzlich festzuschreiben, solange man in diesem Zusammenhang weder über konkrete Erfahrungen verfügt noch klare Vorstellungen über deren Strukturen und Lehrziele besitzt. In den letzten Jahren wurden die verschiedensten grossflächigen Schulversuche über Reformprojekte durchgeführt. Warum keine im Vorschulbereich? Es geht nicht darum, dem Bild einer verklärten Kindheit sowie einer heilen Welt ohne Probleme und ohne Druck und Stress das Wort zu reden. Das Modell Grundstufe muss aber kritisch hinterfragt und abgelehnt werden, weil es nicht sicherstellt, dass die Kinder ihrer Entwicklungsstufe gemäss gefördert

und unterstützt werden. Kinder sind von Natur aus neugierig. Mit einer guten Ausbildung des Erziehenden und der Lehrkräfte können die Kinder stufengerecht gefördert werden, sodass die Freude am Lernen geweckt werden kann.

Die richtige Lösung besteht aber darin, den Kindergarten zu kantonalisieren. Mindestens zwei Jahre Kindergarten sind obligatorisch, und die Anwendung von Kulturtechniken soll ermöglicht werden. Diese Lösung hat den Namen «Kindergarten+». Ich trete für dieses Modell ein, weil es eine klare Verbesserung der heutigen Situation bringen würde und im Unterschied zum Modell der Grundstufe keine wesentlichen inhaltlichen und strukturellen Fragen offen lässt. Es wäre an der Zeit, aus den gemachten Erfahrungen in anderen Ländern zu lernen, statt unsere Jüngsten für unnötige Experimente zu missbrauchen. Auch der deutsche Bundespräsident, Johannes Rau, warnte kürzlich davor, Kindergärten zu Berufsschulen und Gymnasien für Kleinkinder umzukrempeln.

Von den Befürwortern der Grundstufe werden die Befürworter des Modells «Kindergarten+» immer wieder als ewig Gestrige und Bremsler hingestellt. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn das neue Volksschulgesetz vom Volk angenommen wird, können mit dem Modell «Kindergarten+» sogleich die nötigen Anpassungen und Reformen in Angriff genommen werden. Die Einführung des Modells Grundstufe braucht jedoch eine sechs- bis achtjährige Aufbauphase. Wer für eine baldige Qualitätssteigerung in der Vorschulstufe ist, stimmt daher dem Minderheitsantrag «Kindergarten+» zu. Mit dieser Qualitätssteigerung kann nach der Annahme des Volksschulgesetzes durch das Volk sofort begonnen werden. Auf das Fachgebiet des Bauwesens übertragen heisst dies: Mit dem Modell Grundstufe soll das Haus des Lernens im Bereich der Volksschule zu einem grossen Teil abgebrochen und neu aufgebaut werden. Mit dem Modell Kindergarten wird das Haus des Lernens umgebaut und modernisiert. Da das Fundament und die Statik gut sind, können wir auf einen Abbruch verzichten.

Ich empfehle Ihnen darum im Namen der Antragsteller, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Susanna Rusca Speck (SP, Zürich): Die Sozialdemokratische Fraktion steht geschlossen hinter der Einführung der Grundstufe. Die Trennung von Kindergarten und Volksschule soll ein Ende haben. Die fundamentalste Bildungsstufe leistet einen wesentlichen Beitrag zur Einführung der angehenden Schulkinder zwischen dem vierten und achten

Lebensjahr in unser Schulsystem. Die Trennung von Kindergarten und Schule ist nicht mehr zeitgemäss. Gefragt ist heute ein pädagogisches Umfeld, das den Kindern sowohl individualisierte Lernprozesse anbietet wie auch harmonische Übergänge ermöglicht. Kindergarten und Unterstufe sollen zusammenwachsen zu einer so genannten Grundstufe.

Es ist höchste Zeit, den Bereich Kindergarten in das ganze Volksschulsystem zu integrieren. Der Kindergarten hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Ort entwickelt, wo die Kinder im Vorschulalter nicht einfach beschäftigt, sondern im sozialen, emotionalen und kognitiven Bereich spielerisch gefördert werden, wo Entwicklungsdefizite erkannt und mit gezielten Massnahmen angegangen werden. Die Lernumgebung hat sich von der Beschäftigung, dem «Gfätterlä» im engen Rahmen gewandelt zu einem vielfältigen, ganzheitlichen Angebot. Nur eine vielfältige spielerische Förderung aller Entwicklungsbereiche gibt dem Kind die nötige Grundlage, die kommenden schulischen Anforderungen zu bewältigen. Die Grundstufe als neue Bildungsstufe ist auch eine Chance für die Lehrkräfte. Der Berufsstand der Kindergärtnerinnen wird aufgewertet. Die Berufskategorien werden aufgehoben. Die Zusammenarbeit unter den Lehrkräften kann verbessert werden. Der Zeitpunkt ist optimal, weil eine wichtige Voraussetzung für dieses zukünftige erweiterte Arbeitsfeld die gemeinsame Ausbildung von Lehrpersonen für Kindergarten und Unterstufe sein wird. Die Anliegen der Kindergartenlehrpersonen müssen bei der Diskussion um die Lehrerbildung somit berücksichtigt werden. Die Umstellung auf die neue Stufe erfordert die Erarbeitung eines Rahmenlehrplans, die Weiterbildung der Lehrpersonen des Kindergartens und der Primarschule ebenso wie die Anpassung der Grundausbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Die Umstellung erfolgt etappenweise bis ins Jahr 2012. Durch die Einführung der Teilautonomie in den Gemeinden liegt die Integration des Kindergartens in die Volksschule nahe. Dadurch sind die zukünftigen Grundstufenlehrkräfte als Mitglied der Lehrerschaft anerkannt. Mit der Einführung der Grundstufe und der Kantonalisierung hat die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden endlich ein Ende. Die Gemeinden sind für den Vorschulbereich nicht mehr selber verantwortlich. Der kommunale Kindergarten ist heute nicht mehr vertretbar. Alle bildungspolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen verlangen nun eine Anpassung. Mit der Früherfassung und ganzheitlichen Förderung der Kinder schafft die neue und erste Bildungs-

stufe eine unverzichtbare Grundlage, auf denen die weiteren Stufen aufbauen können. Sie muss deshalb auf jeden Fall ins kantonale Volksschulsystem integriert werden.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Grundstufe. Lehnen Sie den Minderheitsantrag ab.

Michel Baumgartner (FDP, Rafz): Nun also stehen wir vor dem Pièce de Résistance, der Grundstufe. Der Minderheitsantrag aus der neuen Verhindererallianz aus SVP und EVP ist nicht nur falsch, sondern weit schlimmer, er ist gefährlich. Gefährlich darum, weil er vorgaukelt, eine vermeintlich vernünftige Lösung anzustreben, bei Lichte betrachtet aber eine Verschlechterung des heutigen, unbestritten unbefriedigenden Zustandes nach sich ziehen wird.

Werner Hürlimann, der Kindergarten besteht eben nicht nur aus Schauen und Staunen. Wenn heute eigentlich alle Kreise zugestehen, dass die Unterschiede des Wissens und Könnens beim Übertritt vom Kindergarten in die Schule zu gross sind, wird der Kindergarten+ genau diese Unterschiede noch vergrössern. Die Grundstufe erhält einen verbindlichen Lehrplan, worin verbindlich steht, was Grundstufenschülerinnen und -schüler am Ende der Grundstufe beim Übertritt in die zweite Klasse können müssen, nämlich in etwa den Stoff der heutigen ersten Klasse. Der Kindergarten+ lässt zwar das Erlernen von Kulturtechniken zu, aber unreglementiert und ohne Verbindlichkeit. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Unterschiede noch grösser werden und somit die Unterschiede beim Übertritt in die Primarschule noch weitaus grösser sein werden, als sie es heute sind. Also wäre es gescheiter gewesen, alles beim Alten zu belassen und nicht zusätzlich eine Verschlechterung herbeizuführen.

Die im Minderheitsantrag zu Paragraf 5 gut gemeinten Flexibilisierungsvorschläge entpuppen sich bei näherer Betrachtung als eigentlichen Bumerang. Von Ausnahmen wird gesprochen, wenn früher oder später eingeschult werden könne. Ich habe es bei der Eintretensdebatte gesagt: Lediglich 60 Prozent entsprechen der ungefähren heutigen Normvorstellung. Je 20 Prozent sind weiter und 20 Prozent weniger weit. Hier von ausnahmsweise zu reden, bedeutet doch, die Realität nicht zu sehen oder nicht sehen zu wollen. Dann wird als gelungene Möglichkeit noch angeboten, dass bei Schulschwierigkeiten eine Rückversetzung in den Kindergarten vorgesehen ist. Bravo, kann ich

da nur sagen. Es wird die Schüler wie die Eltern gleichermaßen erfreuen, in den Kindergarten zurückversetzt zu werden – eine wahre Meisterleistung.

Anders die Grundstufe: Die Grundstufe geht nicht von irgendeinem Idealbild aus, das möglicherweise aus der Zeit stammt, als wir noch in den Kindergarten durften, sondern setzt sich mit der heutigen Realität auseinander. Sie bietet die bestmögliche Lösung an, immer mit dem Prinzip, alles zu vermeiden, um Kinder in diesem Alter als Sonderfälle zu stigmatisieren. Ein geglückter Start in die Schullaufbahn ist ganz entscheidend für die spätere Entwicklung und Motivation. Wenn bereits zu Beginn auf ein falsches System gesetzt wird, sind die Probleme vorprogrammiert.

Liebe SVP und EVP, wir machen ein Gesetz für die Schülerinnen und Schüler von morgen und nicht für diejenigen von vorgestern.

Noch ein paar Worte zu den Kosten der Grundstufe: Da geistern doch wahrlich exotische Zahlen herum. Zu keinem Zeitpunkt der Kommissionsberatung ist gesagt worden, dass die Grundstufe nur in speziellen Räumen unterrichtet werden kann und damit ein Schulhausboom ausgelöst würde, wie gestern zum zigten Mal auch Jürg Trachsel wider besseres Wissen behauptet hat. Wir sind immer davon ausgegangen, dass sowohl bestehende Kindergärten, die Schulzimmer der heutigen ersten Klasse wie auch die Räume der Einschulungsklassen gleichermaßen benützt werden können. Wer anderes behauptet, lügt schlicht und ergreifend. So hat sich die Bildungsdirektion auch genötigt gesehen, alle Gemeinde- und Schulpräsidenten schriftlich darauf hinzuweisen. Gemeindepräsident Jörg Kündig hat gestern eindrücklich darauf hingewiesen.

Der Betrieb der Grundstufe ist beinahe kostenneutral, und zwar darum, weil viele heute erbrachte Leistungen wegfallen. So fallen natürlich die Kosten der ersten Klasse weg, ihrer teuren Hauptklassen sowie die Einschulungsklassen. Dazu wird die durchschnittliche Klassengrösse von heute 22 auf 24 erhöht. Mit diesen Einsparungen können die höheren Personalkosten vollumfänglich aufgefangen werden. Für die 150 Stellenprozent für eine Grundstufenabteilung sind 700 Stellen notwendig. Die Einsparungen und Mehrkosten halten sich ziemlich die Waage. Hingegen sind die einmaligen Kosten für den Kanton mit 18 Millionen Franken verteilt auf mehrere Jahre für die Zusatzqualifizierung der heutigen Kindergärtnerinnen veranschlagt, notabene bei einem Umsatz von zirka 2 Milliarden Franken für die Volksschule jährlich.

Natürlich ist die Grundstufe noch nicht bis ins Detail evaluiert. Erste Versuche laufen aber seit drei Jahren. Sie sind mehr als Erfolg versprechend. Bis zum Beginn der Einführung 2008 bleibt genügend Zeit, eine saubere Evaluation durchzuführen. Denken Sie daran, die ersten Grundstufenschülerinnen und -schüler des Kantons Zürich sind noch nicht auf der Welt. Wer aber die notwendigen Zeitachsen betrachtet, muss heute einen mutigen Schritt tun, wenn er morgen etwas bewegen will. Stehen Sie ein für eine zukunftsorientierte Lösung. Unterstützen Sie die Grundstufe und lehnen Sie gut gemeinte Vorschläge ab. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Yvonne Eugster-Wick (CVP, Männedorf): Ich habe es bereits im Eintretensvotum gesagt, die CVP ist erfreut, dass die Grundstufe wieder ins Gesetz aufgenommen worden ist. Die Grundstufe ist ein Reformprojekt, das den Bedürfnissen der Kinder entspricht. Sie ist eine Antwort auf den ausgewiesenen pädagogischen Handlungsbedarf. Sie ist sozusagen das Kernstück des Volksschulgesetzes. Dass der Regierungsrat auf die Einführung einer Grundstufe entgegen früherer Pläne und im Wissen, dass hier aus pädagogischer Sicht Handlungsbedarf besteht, aus finanzpolitischen Gründen verzichtet hat, ist mutlos und bedenklich. Dass die SVP keine Notwendigkeit zur Einführung dieser neuen Schulstufe sieht, weil diese angeblich nur Probleme und Kosten verursacht, gibt ebenso zu denken. Es ist eine Tatsache, dass Kinder in diesem Alter grosse Entwicklungsunterschiede aufweisen und diese weiterhin zunehmen. Es ist doch unsinnig, Kinder am Lernen zu hindern beziehungsweise dieses nicht zu fördern. Kinder sind lernwillig. Sie lernen nie mehr so rasch und spielerisch. Im heutigen Umfeld beginnen viele Kinder viel früher mit Lesen, Rechnen und Schreiben, sei es aus Neugierde, weil sie älteren Geschwistern nacheifern oder weil sie zu Hause bereits am Computer arbeiten.

Bedenken der Gegner, dass in der Grundstufe möglichst schnell nur noch kopflastiges Wissen eingetrichtert wird und das Spielen zu kurz kommt, sind falsch. Heute werden über 15 Prozent der Kinder verspätet eingeschult. Von den 85 Prozent altersgemäss eingeschulten Kindern ist rund ein Viertel dem Schulstoff um ein halbes Jahr voraus, 10 Prozent haben am ersten Schultag die Lernziele der ersten Klasse bereits erreicht. Nicht nur langweilen sich solche Kinder und sind frustriert, die Heterogenität in der ersten Primarklasse wird auch für

die Lehrkräfte zum Problem. Mit der Grundstufe orientiert sich der Übertritt in die Primarschule nicht am Alter, sondern am Lernstand der Kinder.

Ich habe letzte Woche zusammen mit Brigitta Johner einen Morgen in der Grundstufe der Gesamtschule Unterstrass verbracht. Ich versichere Ihnen, wir waren restlos begeistert. Im einzigen Versuch – aus juristischen Gründen sind heute Versuche an öffentlichen Kindergärten bekanntlich nicht möglich – wird hier eine Grundstufenklasse mit 20 Kindern geführt. Wie es im Gesetz vorgesehen ist, unterrichten zwei Lehrpersonen mit einem insgesamt 150-prozentigen Pensum die Klasse, eine Kindergärtnerin und eine Unterstufenlehrerin. Ich war beeindruckt, wie gut die Klasse funktioniert und das ohne spezielle Ausbildung und alles in einem einzigen Raum. Von Überforderung oder forciertem kognitiver Förderung, wie es die Gegner immer wieder behaupten, war nichts zu spüren. Auch die Gefahr, dass intelligente Kinder von ehrgeizigen Eltern gepusht werden, konnten die Lehrerinnen nicht feststellen. Überzeugen Sie sich vor Ort und statten Sie dieser bewundernswerten Schule einen Besuch ab.

Kindergarten+ ist keine Alternative. Er verschlimmbessert die Situation, indem er das Auseinanderklaffen der schulischen Voraussetzungen zu Beginn der ersten Primarklasse durch die Teilliberalisierung des Lernens noch verschärft.

In Bezug auf die Mehrkosten gehe ich davon aus, dass die Bildungsdirektion richtig rechnen kann, auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Trotzdem denke ich, dass in Gemeinden, die ohnehin knapp an Schulraum sind, zusätzliche Kosten entstehen können. Gruppenräume, wie sie für die Mittelstufe bereits empfohlen werden, werden mit oder ohne Grundstufe zunehmend auch von Unterstufenlehrkräften gefordert.

Zugegeben, die Grundstufe ist eine neue Schulform, die erst noch in konkrete Formen gegossen werden muss. Deren Einführung ist für die Zeitspanne 2008 bis 2012 vorgesehen; genügend Zeit also, Werner Hürlimann, definitive Vorgaben auszuarbeiten, bestehende Kindergärtnerinnen und Lehrkräfte weiterzubilden und Grundstufenlehrkräfte an der Pädagogischen Hochschule auszubilden.

Haben wir Mut, sagen wir Ja zu einer Entwicklungsarbeit in eine sinnvolle Richtung.

Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen): Die SVP steht nach wie vor zum traditionellen Kindergarten, der jedoch die erste Bildungsstufe darstellen und integrierter Bestandteil des kantonalen Bildungssystems sein soll. Der Kindergarten hat sich bestens bewährt und bereitet unsere Kinder in umfassender Art und Weise mit Kopf, Herz und Hand auf die nächste Schulstufe vor. In vertrautem Umfeld, welches die beste Voraussetzung für eine ganzheitliche Förderung bietet, kann sich das Kind unbeschwert seiner Entwicklung gemäss entfalten. Die Grundbedürfnisse des Kindes, unter anderem Geborgenheit und Zuneigung, stehen für die SVP bei der anstehenden Gesetzesänderung im Vordergrund.

Unsere Jüngsten können im Kindergarten schon heute auf vielfältige Art mit dem Lernen umgehen, beinhaltet es doch eine aktive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Themenbereichen. Für wissenshungrige Mädchen und Knaben steht eine Anzahl vielfältigster didaktischer Spiele und Arbeitsblätter zur Verfügung, welche sorgfältig und überlegt von der Lehrperson ausgesucht und eingeführt werden. In keiner Art und Weise wird der Wissensdurst der Kinder gebremst, sondern unterstützend gefördert.

In den USA zieht hat man seit einigen Jahren in vielen Bundesstaaten und Schulbezirken die Schraube an. Für Fünfjährige sind eigentliche Lehrpläne entwickelt worden. Durch Hausaufgaben und Prüfungen, welche auch dazu gehören, werden «akademische» Fähigkeiten geprüft. Bereits hat eine Vereinigung von Kindergartenlehrerinnen davor gewarnt, Kinder allzu früh zum Lesen zu zwingen und sie bereits mit fünf Jahren Prüfungen zu unterziehen, da dies – man höre und staune – aggressives Konkurrenzverhalten fördere. Einige Eltern kritisieren, ihre Kinder seien oft übermüdet und hätten die Freude am Lernen verloren, bevor sie überhaupt zur Schule gehen. Dies zu Amerika!

Eine solche Überforderungen der Kinder muss bei uns auf alle Fälle vermieden werden. Nur ein kindgemässer Unterricht ohne Selektion erfüllt die Bedingungen einer vielfältigen Förderung und wirkt unterstützend auf die kindliche Entwicklung. Mit Leistungsgruppen, dem obligatorischen frühzeitigen Erlernen der Kulturtechniken und dem Einbezug einer Primarlehrkraft soll in der Grundstufe die frei unterrichtende und erzieherische Arbeit des Kindergartens ersetzt werden. Eine solche Verschulung unserer ersten Bildungsstufe muss verhindert werden. Um noch einmal auf die Studie von Margrit Stamm zurückzukommen, welche Leistung, Interessen, Schulerfolg und soziale Entwicklung von Kindern, die bei Schuleintritt bereits lesen und rech-

nen konnten, untersuchte, stellen sich kritische Fragen betreffend die Grundstufe. Margrit Stamm stellte nämlich fest, dass in Bezug auf den Schulerfolg und die Leistungseinschätzung die Variable der Eigeninitiative eine wesentliche Rolle spielt. Ich wiederhole: Kinder, die aus Eigeninitiative vor Schuleintritt Lesen und Rechnen gelernt haben, werden auch beim Übertritt in die Oberstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik einiges besser eingeschätzt als Kinder, welche von Drittpersonen instruiert worden sind.

Genau hier setzt der Kindergarten+ an. Durch die Zulassung der Kulturtechniken im Kindergarten+ ist es möglich, ohne Leistungsdruck und Stress mit Buchstaben und Zahlen genauso spielerisch umzugehen wie mit anderen Spiel- und Fördersachen. Vergessen wir aber nicht, dass auch das soziale Lernen, das Miteinanderleben, das Aufeinander-eingehen, jedoch auch Ausdauer üben, einfache Anweisungen befolgen, Umgangsformen pflegen und vieles mehr zur Aufgabe des Kindergartens gehört. Diese elementaren Anliegen werden je länger je wichtiger.

Stimmen wir einer Vorschulstufe zu,... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich spreche für einen Teil der Grünen. Für uns ist die Grundstufe ohne Zweifel das Kernstück dieses Gesetzes. Die Erkenntnis, dass die ersten sieben bis zehn Jahre für die Entwicklung des Kindes eine entscheidende Rolle spielen, ist zwar nicht neu, hat aber in der Schule noch nicht zu den nötigen Konsequenzen geführt. Mit dem Verbot zum Erlernen der Kulturtechniken werden dem heutigen Kindergarten zu enge Grenzen gesetzt. Diese Grenzen haben zur Folge, dass die zunehmende Heterogenität der Kinder als Störfaktor wahrgenommen wird und nicht als Realität, für welche die Schule Lösungen finden muss und auch kann. Das Traurigste in meinen Augen aber ist, dass wir mit dem Verbot der Kulturtechniken jahrzehntelang das Lernen negativ gewichtet haben. Um den Kindern eine so genannt ungestörte Kindheit zu ermöglichen – immer nach Definition der Erwachsenen nicht der Kinder –, wurde ihnen das Lernen bewusst vorenthalten. Obwohl alle von Ganzheitlichkeit sprechen, wurde ganz einfach negiert, dass das Kind im Frühkindesalter ein kognitives und intellektuelles Wesen ist. Inge Stutz spricht auch von Kopf, Herz und Hand.

Wir sprechen von Druck, Verschulung, Verkopfung und all diese «gruusigen» Wortschöpfungen und vergessen dabei, dass die Lernfreude in diesem Alter am grössten ist und dass alles daran gesetzt

werden muss, diese auch zu erhalten. Bis zu diesem Punkt sind wir uns eigentlich alle einig. Mit dem Kippen des Verbots zum Erlernen der Techniken allein ist es aber noch nicht getan. Wir müssen der Vorschulstufe eine neue Form geben. Das kann nur die Grundstufe sein.

Was spricht gegen den Kindergarten der SVP? Er bringt nicht die Lösung für die zunehmende Heterogenität der Kinder. Er verschärft das Problem nur, weil in diesem Modell die Unterschiede beim Übertritt in die erste Primarklasse noch grösser sein werden. Ich verstehe die Lehrerschaft nicht, die das befürwortet. Die einen Kinder werden beim Übertritt in die erste Klasse schon Lesen und Schreiben hinter sich haben, und andere werden immer noch beim Spielen sein. Jede Kindergärtnerin wird und muss ihr eigenes Lernprogramm zusammenstellen. Der Druck von aussen wird sehr gross sein. Die Kindergärten werden auseinander fallen. Die einen Eltern werden einen Kindergarten aussuchen, in dem am schnellsten gelernt wird und die anderen denjenigen, der das Spiel über alles stellt. Das Ergebnis wird eine Katastrophe für die meisten Kinder werden, denn für alle Kinder, die schon im Kindergarten Rechnen und Schreiben konnten, fängt in der ersten Klasse alles nochmals von vorne an. Das löscht doch jedem normalen Menschen ab.

Ich habe kein Verständnis, dass ein Teil der Lehrerschaft das Modell Kindergarten+ unterstützt. Die Begründung ist mehr als verräterisch. Im Schulblatt 5 ist sie nachzulesen. Das Protokoll der Kapitelpräsidentenkonferenz sagt: «Die Einführung der Grundstufe hätte eine einschneidende Auswirkung auf die Gliederung der Primarschule und stellt mit einem Schlag das bisherige Berufsverständnis der Unter- und Mittelstufenlehrkräfte in Frage.» Es gibt kein pädagogisches Argument gegen die Grundstufe. Das Wohl der Kinder spielt keine Rolle. Es geht nur um den eigenen Status. Da bin ich sprachlos. Ich finde, sie müssten sich schämen.

Werner Hürlimann und Inge Stutz, Sie sprechen von Geborgenheit und Zuneigung. Wer um Himmels willen will das verbieten? Das verbietet doch niemand. Es ist selbstverständlich, dass dies etwas ist, das in der ganzen Schulzeit stattfinden sollte. Wenn es nicht so ist, haben wir ein Problem.

Es gibt für mich kein Argument, dem Antrag Werner Hürlimann zuzustimmen. Ich bitte Sie um Ablehnung.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Mit der Grundstufe wird die Idee der Beschleunigung des kognitiven Lernens gefördert. Dieses Prinzip widerspricht unserer Vorstellung über den Kindergarten. Was ist aber der Auftrag des Kindergartens? Kinder im Vorschulalter leben mit magischen und realen Vorstellungen. Das Gemüthafte spielt eine zentrale Rolle und muss im Kindergarten angesprochen werden. Im gestalterischen Bereich, beim Rollenspiel oder beim Erleben einer Geschichte werden die Gemüts- und Phantasiekräfte der Kinder angeregt. Es ist schon eine eigenartige Vorstellung, im heutigen Kindergarten käme die geistige Förderung im Allgemeinen zu kurz. Lesen und Schreiben ist bei Kindern ein Teilaspekt geistiger Produktivität. Glauben Sie im Ernst, dass beim kindlichen Theaterspiel, wie es im Kindergarten gepflegt wird, das Geistige zu kurz kommt? Sprachförderung im Vorschulalter hat mehr mit Gemütsbildung und sozialer Entwicklung zu tun als frühzeitiges Buchstabieren. Eine starke Gemütsbildung ist der gesunde Boden, auf dem sich die Kulturtechniken entfalten können, wenn die Zeit dafür reif ist. Lesen und Schreiben müssen nicht im beschleunigten Verfahren eingeführt werden. Susanne Rihs hat dies gestern wunderbar mit dem Bild von der Überdüngung der Pflanzen ausgedrückt. Natürlich lassen sich Fünfjährige von Buchstaben und Zahlen begeistern. Aber kleine Kinder lassen sich für fast alles begeistern, wenn es phantasievoll eingekleidet ist. Die grosse Gefahr der Grundstufe liegt im zu frühen Wecken des Wettbewerbsgeistes bei den Kindern. Der Wettbewerbsgeist kommt früh genug. Wenn wir aber die Förderung des Gemüthaften verpassen, ist viel verpasst worden. Es braucht starke Lehrerinnen, um dem Druck von Elternseite zu widerstehen. Die Kinder müssen möglichst früh Rechnen und Schreiben können. Ich bezweifle, ob dies wirklich allen gelingt. Erfahrungen aus amerikanischen Grundstufen zeigen, dass die Frühintellektualisierung bereits an vielen Schulen ein sehr ernstes Thema ist. Wie sich die Kultur der Grundstufe auf die Volksschule auswirken wird, ist heute noch nicht absehbar. Ich bin sehr für eine individuelle Förderung der Kinder, aber überbordende Wunschvorstellungen und der Anspruch auf individuelle Leistungsziele für jedes einzelne Kind könnten zu einer Zerreissprobe für die anschliessende Primarschule werden. Ganz sicher ist nur, dass eine Verkürzung der Mittel- und Unterstufe auf zwei Jahre der betroffenen Stufe erhebliche Nachteile bringen wird.

Noch ein wichtiger Punkt, der heute viel diskutiert worden ist: Das oft angesprochene Problem der Entwicklungsunterschiede der Kinder ist

auf allen Stufen anzutreffen. Ich kann Ihnen ein Lied davon singen. Es ist eine spannende Herausforderung für jede Lehrkraft, den Unterricht so zu differenzieren, dass möglichst alle Schüler optimal gefördert werden. Die Grundstufe löst dieses Dilemma nicht, sondern sie verschiebt es nur in die nachfolgende Primarschulstufe.

Die EVP ist nicht bereit, aufgrund spekulativer Annahmen einen Reformschritt grösster Tragweite zu wagen. Mit der unerprobten Grundstufe wird das Reformfuder überladen. Die EVP fordert zuerst mehrjährige Versuche und eine sorgfältige Entwicklungsarbeit. Am Ende dieses Prozesses, also zur Zeit der vorgesehenen kantonsweiten Einführung der Grundstufe im Jahre 2008, müsste unserer Meinung nach eine zweite Volksabstimmung über die genannte Frage stattfinden. Dann haben wir Fakten. Die von der Kommissionsmehrheit verlangte Vorgehensweise zeugt nicht vom Willen zur Gründlichkeit und ruhiger Weitsicht. Sie gleicht viel eher einem Blankoscheck für ein gewagtes Abenteuer, dessen Auswirkungen beim gegenwärtigen Erkenntnisstand nicht abzuschätzen sind.

Die EVP bittet Sie deshalb, dem Kindergarten die Chance zur Weiterentwicklung zu geben und dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Chantal Galladé (SP, Winterthur): Wir haben etwas, das wir kennen, den Kindergarten, und wir haben etwas, das wir noch nicht so gut kennen oder das neu ist, und das bestechend gut ist, die Grundstufe. Die Grundstufe will ich nicht näher erklären. Da ist schon genug darüber gesagt worden. Nur zu Inge Stutz: Es stimmt natürlich nicht, dass in der Grundstufe ein Lesezwang herrscht.

Wir streiten uns darüber, ob die Kinder zuerst spielen und dann lernen sollen, oder ob beides miteinander möglich ist. Da müssen wir aufpassen. Wir Erwachsenen unterscheiden zwischen Lernen und Spielen. Kinder machen das nicht. Das Spielen ist für die Kinder zuweilen anstrengend. Sie lernen etwas dabei. Manchmal ist das Lernen für sie wie Spiel. Sie machen den Unterschied nicht wie wir. Wir dürfen unser Erwachsenenendenken nicht eins zu eins auf die Kinderwelt übertragen.

Da es ums Spielen und Lernen geht, möchte ich Sie zu einem Denkspiel anregen. Das ist geeigneter für Politikerinnen und Politiker, als mit Knöpfen zu spielen. Stellen Sie sich vor, wir hätten keine Vor-

schulstufe. Wir müssten die Vorschulstufe von Grund auf neu erfinden. Ich bin überzeugt, dass das Modell, das wir dann entwickeln würden, der Grundstufe viel näher käme als dem Kindergarten+.

Zu Werner Hürlimann und Hanspeter Amstutz: Sie sagen immer, die Grundstufe sei nicht erprobt worden. Der Kindergarten wurde dannzumal auch nicht erprobt. Hätten Sie den dann auch nicht eingeführt?

Wir wissen, dass die Kinder sich in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich schnell entwickeln. Wir wissen auch, dass sie eine individuelle Förderung brauchen und dass nicht alle am Tag X bereit sind, um Lesen und Schreiben zu lernen. Aus diesem Wissen müssen wir Konsequenzen ziehen. Nicht alles Neue ist schlecht. Es geht darum, diejenige Form zu finden, die die Kinder so lange wie möglich sein lässt, wie sie sind, die auf ihre individuellen Bedürfnisse eingeht und die sie nicht zu früh in einen Rahmen zwingt. Da ist die Grundstufe einfach das bessere Modell, wenn Sie das wirklich einmal studieren. Die Kinder können sich da individueller und ihrem Tempo entsprechend entwickeln. Diejenigen Kinder, welche zu Hause nicht gefördert werden, haben in der Grundstufe eine Chance.

Worauf ich noch besonders hinweisen möchte – wir haben das in der Kommission auch besprochen und ich gebe dem Regierungsrat gleich einen Auftrag mit für die Verordnung –, ist, dass die Grundstufe nicht als Sparmassnahme funktioniert. Die 150 Stellenprozente für Lehrkräfte müssen garantiert und in der Verordnung verankert sein. Nicht, dass irgendwann irgendwo plötzlich ein Politiker, eine Partei oder eine Regierungsrätin auftaucht und das Gefühl hat, wir machen jetzt nur noch 120 Stellenprozente bei der Grundstufe und sparen so einige Hundert Millionen Franken. Perfekt. Sie ruinieren so das Konzept der Grundstufe, wenn Sie die Stellenprozente herunterfahren.

Die SP-Fraktion tritt mit 150-prozentiger Überzeugung für die Grundstufe ein. Sie fordert genauso überzeugt, dass die 150 Prozente für die Lehrkräfte garantiert sind.

Urs Hany (CVP, Niederhasli): Wenn unsere Kinder heute in den Kindergarten und in die Primarschule eintreten, ist das Wissen und Können der Einzelnen sehr heterogen. Vielfach sind Kinder unterfordert oder manchmal auch überfordert. Somit ist die Schule gefordert. Flexibilität ist angesagt. Die Grundstufe bietet die Möglichkeit, auf die Heterogenität der Kinder einzugehen. Das spielerische Element und auch die Berücksichtigung von bereits lesenden, schreiben und/oder rechnenden Kindern wird konzeptionell möglich. Ein flexibles, mo-

deres System steht zur Verfügung. Auf die Unterschiedlichkeit unserer Kinder wird mittels dieser flexiblen Grundstufe eingegangen. Innerhalb zwei bis vier Jahren Grundstufe kann die Heterogenität der Kinder ausgeglichen und auf die jeweiligen Bedürfnisse eingegangen werden. Die Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich schreiben: «Wir fordern einen kantonsweiten Kindergarten+, in welchem das schulische Lernen kein Obligatorium ist. Wir fordern keine zu frühe Verintellektualisierung und kein zu frühes obligatorisches Einschleusen in den Leistungsprozess.» Inge Stutz, genau diese Forderungen kann die Grundstufe erfüllen. Die Individualität der Kinder verlangt bei den einen einen früheren Beginn des Lernprozesses und bei den anderen einen späteren. Die Grundstufe bietet das. Natürlich sind die Lehrkräfte gefordert. Umschulungen werden notwendig. Eine flexible Grundstufe fordert flexible Lehrkräfte.

Ein Letztes: Tatsächlich, diese Grundstufe ist wenig bis nicht erprobt. In zahlreichen Ländern, ja sogar in anderen Kantonen gibt es zwar ähnliche Modelle, aber nicht genau unser Modell. Entsprechend aber werden unsere Lehrkräfte umgeschult und nachqualifiziert. An der Pädagogischen Hochschule wird der Lehrgang Grundstufe eingeführt und ausgebaut, denn diese, unsere moderne Grundstufe wird erst ab dem Jahr 2008 eingeführt.

Hier und jetzt sind wir gefordert, morgen unsere Lehrkräfte, und übermorgen profitieren unsere Kinder. Bitte lehnen Sie den Minderheitsantrag ab.

Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti): Schon lange entspricht der Kindergarten nicht mehr der Vorstellung der «Gfätti», wo noch die «Gfättitante» mit dem «Schössli» den Kindern Geschichten erzählt hat. Im heutigen Kindergarten werden wichtige Grundsteine für eine weitere erfolgreiche Schulung der Kinder gelegt. Mit der Einführung der Grundstufe geht zwar der traditionelle Kindergarten verloren, keineswegs aber dessen pädagogische Ziele. Die Grundstufe kommt der Entwicklung des Kindes entgegen, welche in diesem Alter sehr unterschiedlich verläuft. Die Tatsache, dass die Kindergruppe schon beim Eintritt in den Kindergarten sehr heterogen ist, dass sehr viele Rückstellungen stattfinden, aber auch immer mehr frühzeitige Einschulungen bewilligt werden müssen, zeigt klar, dass der Kindergarten und der starre, nach Jahrgängen geführte Übertritt in die erste Klasse nicht

mehr zeitgemäss ist. Kinder, welche Lesen und Schreiben lernen wollen und über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, sollen die Möglichkeit dazu haben. Der Kindergarten+ ist eine untaugliche Moggelpackung.

Mit der Einführung der Grundstufe treffen wir einen Entscheid für das Kind. Warum wird die Grundstufe von den Kindergärtnerinnen am deutlichsten begrüsst? Weil sich diese Pädagoginnen tagtäglich mit den Kindern in einem Spannungsfeld bewegen. Die einen Kinder ziehen und wollen lernen. Sie brauchen Futter und müssen gefordert werden. Die anderen Kinder brauchen Geborgenheit und viel Zeit, um zu spielen. Um all diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, liegt in der Grundstufe ein grosser Vorteil, nämlich dass zwei Pädagoginnen zusammenarbeiten. Sie können sich absprechen und miteinander austauschen sowie gewisse Projekte miteinander erarbeiten und durchführen. Sie können gemeinsam die Entwicklungen der verschiedenen Kinder beobachten und frühzeitig allfällige Triagefunktionen vornehmen oder auch geeignete Massnahmen einleiten. Diese wichtige Arbeit, welche frühzeitig angegangen werden muss, kommt der späteren Schulung der einzelnen Kinder entgegen. Im heutigen System gehen solch wichtige Aufgaben oft unter, da die Fülle der verschiedenen Bedürfnisse nicht immer zum richtigen Zeitpunkt angegangen werden kann. Auch wird die Integration von behinderten Kindern leichter möglich. Ich bin überzeugt, dass sich solche Erfahrungen positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung der so genannt normalen Kinder auswirken.

Ich bitte Sie, stimmen Sie mit der SP der Einführung der Grundstufe zu und entscheiden Sie für das Kind.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Schulversuche mit dem altersdurchmischten Lernen schnitten durchwegs schlecht ab. Das haben wir alle lesen können. Diverse Versuchsgemeinden, die übrigens überdurchschnittlich motivierte Lehrkräfte eingesetzt haben, mussten den Versuch wegen Überforderung vorzeitig aufgeben. Genau dieses verfehlte Muster soll jetzt in der Grundstufe verwirklicht werden. Ich frage mich ernsthaft, was sich unsere Bildungsexperten überlegt haben, als sie genau dieses gescheiterte Beispiel des altersdurchmischten Lernens in die Grundstufe des Volksschulgesetzes festgeschrieben haben. Soll schon bei unseren Fünfjährigen neben zwei Lehrpersonen noch ein Schulpsychologe am Schulunterricht teilnehmen? Praktisch alle Kinder gehen gerne in den Kindergarten, was man von den übrigen Stufen nicht behaupten kann, wo eine Bezugsperson ist, die mit viel

Liebe und Hingabe spielerisch das spielerische Miteinander pflegt. Der Kindergarten ist eine sozialpädagogische Einrichtung mit familienergänzender Funktion. Er ist in der freien Entfaltung der Spiel- und Entdeckungsfähigkeit des Kindes begründet. Er soll Kindern die nötigen Hilfen in Lebensbewältigung und Erkennen von Lebenszusammenhängen geben. Daraus entstehen die Grundlagen des mitmenschlichen Zusammenlebens ohne irgendwelchen schulischen Druck.

Dieses Modell hat sich in der Vergangenheit wirklich bewährt. Der Kindergarten ist nicht morsch, wie Chantal Galladé ausgeführt hat. Die diesen Prozess störenden Faktoren wie Leistungsdruck und Verschulung sollten gerade deshalb absolut fern gehalten werden. Dies ist in der Fachliteratur und in jedem Lexikon nachzulesen. Doch genau diese Todsünde will man mit der Einführung der Grundstufe begehen. Ebenfalls erwiesen ist, dass eine frühere Einschulung im späteren Verlauf des Lebens keine besseren Leistungen bringt.

Daneben haben wir im Bezirk Horgen Berechnungen gehört, dass mit der Einführung der Grundstufe mit massiven Kostensteigerungen nicht für den Kanton, sondern für die Gemeinden zu rechnen ist. In eher reichen Gemeinden wäre dies leichter zu verkraften. Wir machen aber ein Gesetz für den ganzen Kanton, also auch für Gemeinden, die heute schon 60 und 70 Prozent des gesamten Gemeindehaushaltes für die Schule verwenden. Für diese wird es fast nicht mehr finanzierbar.

Aus diesen Gründen lehnen wir im Interesse unserer Kinder die Grundstufe ab. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Werner Hürli- mann zu unterstützen.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Auch Inge Stutz hat Glück in der Liebe, denn auch sie hat Pech mit den Zitaten, wie gestern Jürg Trachsel mit Martin Hilb. Margrit Stamm ist natürlich für die Grundstufe. Sie sollten aufpassen, wenn Sie zitieren.

Zur Frage der Schulversuche: Was wollen Sie wirklich ausprobieren? Ich brauche zum Beispiel keinen Schulversuch um zu merken, dass es am Abend dunkel wird. Der Stoff ist in der Grundstufe genau gleich wie in den bisherigen schulischen Stufen. Was Sie erproben müssen, ist die Zusammenarbeit der Lehrkräfte, die methodisch-didaktische Strukturierung. Da reichen zehn Jahre alleweil.

Wer fragt die Kinder, hat Daniel Vischer einmal gesagt. Niemand. Wer fragt die Wissenschaft? Auch niemand. Wenn Sie beide fragen, kommen Sie darauf, dass sie gern eine ganzheitliche Bildung hätten, Kopf, Herz und Hand und dass sie gerne vorwärts lernen und keinen Bruch in ihrer Lernbiographie möchten. Die Praktiker kann man nicht fragen. Diese haben wir nicht. Wir haben bis jetzt die Heterogenität nicht zugelassen. Wir haben sie verhindert. Ich bin ein bescheidener Praktiker bei den Kindern, die keine Grundstufe gehabt haben, bei jenen, die vielleicht nicht nur ein bis zwei Jahre schneller sind, sondern vier bis fünf. Da haben Sie dann Probleme. Da müssen Sie einem Achtjährigen erklären, er dürfe nicht mehr mit Trilliarden jonglieren und müsse wieder Mühe mit dem Zehnerübergang haben. Dies ist etwas extrem ausgedrückt, aber Unterschiede von zwei Jahren sind in Lernwegen etwas völlig Normales. Das fangen wir auf. Das ist eine grosse und einleuchtende Leistung und etwas, das wir nicht verpassen sollten.

Kindergarten+ ist keine Zwischenlösung, kein Kompromissvorschlag, kein Schritt in die richtige Richtung, sondern eine Fehlkonstruktion, eine pädagogische Fallmasche. Es ist sonnenklar, was geschehen würde, wenn wir den Kindergarten+ einführen. Die Kinder werden natürlich viel mehr lesen, schreiben, rechnen als noch heute, da wir jetzt schon von diesem früheren Lernen überrollt werden. Also haben wir in Kürze in der ersten Klasse ein Riesenproblem. Wir haben 50 Prozent, die den Stoff schon können, die sich langweilen und schwierig werden, und wir haben 50 Prozent, die sich minderwertig fühlen. Das ist ein Unsinn. Es ist unnötig, weil die Grundstufe dieses Problem elegant und natürlich löst. Man lernt vorwärts. Man macht keine Bruchlandung nach dem Kindergarten. Im Übrigen lernen wir in der Grundstufe drei Jahre spielerisch, im Kindergarten nur zwei. Passen Sie auch auf mit Verschulung.

Ich bin wirklich einigermassen erschüttert, dass die Frage eines brauchbaren Schuleinstiegs zu einer politischen Demonstration missbraucht werden soll. Der Lernprozess orientiert sich nicht an Parteigrenzen, auch nicht an Landesgrenzen. Er verläuft wie das Wasser. Wenn es abwärts geht, fliesst das Wasser. So lernen die Kinder. Das ermöglicht die Grundstufe. Ich weiss nicht, ob es noch etwas Einfacheres gibt.

Ich hoffe, dass einzelne Mitglieder der SVP sich doch noch einmal überlegen, ob es nicht natürlich sei, dass die Kinder in einer integrierten Volksschule, Jürg Trachsel, weiterlernen dürfen, wenn sie bereit sind zu wechseln. Ich kann nichts finden, was die Schule gefährdet.

Wir Freisinnigen sind nicht heimatmüde. Berufstätige Eltern sind nicht verantwortungsmüde. Manchmal habe ich aber das Gefühl, die SVP sei lernmüde.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Ich schicke voraus, dass ich zu den Ultragestrigen gehöre und dies mit grosser Überzeugung, weil ich den Kindergarten, so wie er ist, gut finde.

Es ist für mich kein Zufall, dass der Kindergarten Kindergarten heisst, weil er nämlich ein Ort ist, wo die Kinder in geschütztem Rahmen gehegt und betreut werden, wie auch Pflanzen in einem Garten gehegt und betreut werden. Es ist der Ort, wo sich Kinder ohne Stress und ohne Druck entfalten können, wo sie einfach unbeschwert Kinder sein dürfen. Dieser Garten für Kinder soll nun durch eine Grundstufe abgelöst werden. In dieser Grundstufe geht es dann nicht mehr ums Basteln, Spielen, Singen und «Sändelen». Hier werden die Kinder bereits auch auf die so genannt wirklich wichtigen Sachen im Leben vorbereitet. Das ist das Lesen, Schreiben und Rechnen – selbstverständlich nur diejenigen Kindern, die das wollen und die reif genug sind dazu. Oder vielleicht auch diejenigen, deren Eltern dies wollen. Oder diejenigen, die ahnen, dass sie mit ihrem Wissensdruck den Eltern gefallen. Oder diejenigen, die wissen, dass bei Erwachsenen Lesen, Schreiben und Rechnen wichtiger ist als Spielen und Singen.

Ich lehne die Grundstufe ab, weil sie den Kindern etwas ganz Wichtiges wegnimmt, nämlich den behutsamen Start ins Leben ausserhalb der Familie, zwei unbeschwerte Jahre ohne Leistungsdruck, ohne Konkurrenzkampf und ohne Selektion, dafür mit viel Zeit fürs Gemüt, fürs Spielen, für Phantasie, für Erfahrungen in der Natur, für das Zusammensein drinnen und draussen, im Dreck, im Wald und überall.

Ich lehne die Grundstufe ab, weil sie den Kindern das Bewusstsein und den Stolz nimmt, jetzt ein «Kindergärteler» zu sein und später eine Schülerin zu werden. Für viele tönt dies altmodisch. Ich weiss es. Aber ich bin überzeugt, dass solche Rituale und Übertritte ganz wichtig sind im Leben eines Menschen.

Ich lehne die Grundstufe auch ab, weil sie Teile der Begabungen einseitig gewichtet. Ich habe das schon gesagt. Haben Sie jemals jemanden gehört, der verlangt, dass man im Kindergarten für ein musikalisches Kind zum Beispiel das Notenlernen einführen könnte? Mit der Grundstufe lassen wir die Kinder spüren, dass der Erfolg im Leben von der Schnelligkeit des Lesen- und Schreibenlernens abhängt. Wir schreiten mit diesem Signal in eine gefährliche Richtung; in eine Richtung, welche die Kinder schon viel früher als heute in verschiedene Kategorien einteilt, in so genannt Begabte und Unbegabte, in Schnelle und Langsame. Ich bedaure zutiefst, dass der Geist des Leistungsdrucks und des Erfolgszwangs nun schon im Kindergarten beginnen soll. Ich bin überzeugt, dass wir damit unseren Kindern gar keinen Gefallen tun, auch denjenigen nicht, die schon Lesen und Schreiben können. Ich bin überzeugt, dass wir solchen Kindern, wenn wir sie in anderen Bereichen fördern, wo sie vielleicht ab und zu auch Defizite haben, ebenfalls gerecht werden können. Schliesslich gibt es neben den Kulturtechniken so viele andere Dinge, die mindestens so wichtig sind im Leben.

Die Grundstufe ist die Reform im Volksschulgesetz. Sie wirft Fragen auf, die niemand beantworten kann, zum Beispiel auch die Frage der Räumlichkeiten. Warum lassen wir ausgerechnet diese einschneidendste Reform nicht breitfächiger erproben, wo wir dies doch bei anderen, weniger wichtigen Reformen auch tun? Ich bin für die Aufwertung des Kindergartens, für eine gute Ausbildung der Kindergärtnerinnen, aber ich bin dezidiert gegen die Grundstufe. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ernst Züst (SVP, Horgen): Die Grundstufe ist nicht nur das Kernstück dieser Volksschulreform, die Einführung der Grundstufe – das merken Sie sich, liebe FDP – ist auch der grösste Kostentreiber dieser Reform. Ich werde Ihnen jetzt darlegen, weshalb die Grundstufe aus finanziellen Gründen völlig überrissen ist und weshalb sie bezüglich ihrer Konsequenzen gar nicht durchdacht ist. Ich gehe auf drei Punkte ein, zuerst zu den Mehrkosten von 400 Millionen Franken, dann zur Zwängerei der Bildungstheoretiker und zur Haltung des Gesamtregierungsrates.

Zum ersten Punkt: Vorauszusehen ist, dass die Volksschulreform aufgrund der internen Kostenschätzung der Bildungsdirektion 400 Millionen Franken zusätzliche Mehrkosten verursachen wird. Diese Zahl ist auch den Präsidenten und Präsidentinnen der Schulpflegen und der

Gemeinderäte im Kanton Zürich mit Schreiben vom der Bildungsdirektion vom 29. April 2002 mitgeteilt worden. Ein Viertel dieser 400 Millionen Franken geht zu Lasten des Kantons und drei Viertel gehen zu Lasten der Gemeinden. Die Gemeinden sind diejenigen, die am meisten belastet werden. Wer heute die Presse aufmerksam gelesen hat, wird bezüglich der Kostenfolgen total verunsichert. Die Befürworter spielen das immer so gekonnt herunter. Ich erinnere an den Tages-Anzeiger, der die Bildungskommission zitiert. Die Rede ist von wiederkehrenden Mehrkosten von jährlich rund 120 Millionen Franken, was gut 5 Prozent der gesamten Schulausgaben entspricht. Ich zitiere die Neue Zürcher Zeitung, sprich den Bildungsdirektor: «Die Mehrkosten von 4 bis 5 Prozent der Volksschulkosten von 2 Milliarden Franken über einen Zeitraum von zehn Jahren halten wir für vertretbar.» Nur eine Zahl scheint gesichert, nämlich neu bis 2 Milliarden Franken Volksschulkosten. Diese Zahl hat auch Michel Baumgartner hier wiederholt. Gemäss Schätzungen betragen heute die jährlichen Betriebskosten der Volksschule inklusive des Kindergartens – das ist auch abgesichert – insgesamt 1,6 Milliarden Franken. Die Mehrkosten belaufen sich auf 400 Millionen Franken. Man rechne: 1,6 Milliarden Franken plus 400 Millionen Franken ergibt 2 Milliarden Franken. Nach Adam Riese, das war der deutsche Rechenkünstler, würden die jährlichen Mehrkosten für die Volksschulreform demzufolge 25 Prozent des heutigen Niveaus ausmachen und nicht lediglich 4 bis 5 Prozent, wie uns der Bildungsdirektor glaubhaft machen will. Die Taschenspielertricks von Michel Baumgartner sind eher verwirrend als klärend.

Zweitens: Die Grundstufe ist eine reine Zwängerei von praxisfremden Bildungspolitikerinnen und -politikern. Die Grundstufe ist in Fachkreisen sehr stark umstritten. Dafür sind im Prinzip nur die Kindergärtnerinnen, die im Niveau gehoben werden. Die Primar- und Sekundarlehrkräfte bestreiten überhaupt die Notwendigkeit dieser Grundstufe.

Drittens: Der Regierungsrat hat diesen März nach der Budgetdebatte entschieden, dass diese Vorlage aus rein finanzpolitischen Gründen gar nicht mehr tragbar ist. Die Mehrkosten von 400 Millionen Franken entsprechen 10 bis 12 Steuerprozenten. Das sind die Tatsachen. Denen müssen Sie ins Auge schauen.

Ich appelliere an die FDP, wenigstens an das Fähnlein der sieben Aufrechten: Kippen auch Sie die Grundstufe aus dieser Vorlage heraus. Sie können die Vorlage allenfalls auch an die Bildungskommission zurückschicken. Dann können diejenigen die Hausaufgaben machen, die noch nicht Rechnen können.

Mit dem Kindergarten+ haben Sie die bessere Alternative. Sie haben weniger Probleme mit den Lehrkräften. Sie schaffen auch mit dem Kindergarten+ die Möglichkeit, dass Sie die Kinder schon mit sechs Jahren einschulen können. Sie erzielen für das gleiche Geld viel mehr Wirkung. Sie können einen Steuerfranken nur einmal ausgeben. Vielleicht brauchen wir den bei der Universität und bei der Berufsschule.

Lassen wir Kindergarten Kindergarten sein. Ich appelliere an Sie, unterstützen Sie den Minderheitsantrag der SVP. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Ich bin absolut erstaunt über Arnold Suter, der das altersdurchmischte Lernen in diesem Rat geisselt, etwas, das überhaupt nicht bestritten wird und das im Kindergarten seit Jahrzehnten praktiziert wird. Wenn das altersdurchmischte Lernen ein Problem ist, dann ist es ein Problem der betreffenden Lehrpersonen und bestimmt nicht der Kinder, weil es grundsätzlich auch in der Primarschule immer mehr eingeführt wird.

Es ist richtig und wichtig, dass man die Grundstufe hinterfragt und darüber diskutiert, aber es ist mindestens so wichtig und richtig, wenn man den Kindergarten hinterfragt und darüber diskutiert. Offensichtlich ist man sich hier einig, dass der Kindergarten in der heutigen Form an die Grenzen seiner Möglichkeiten stösst. Es ist interessant, wenn Hanspeter Amstutz fast despektierlich sagt, die Kinder liessen sich für beinahe alles begeistern. Warum werden sie dann nicht für fast alles begeistert? Das wäre viel interessanter, als sie zu bremsen. Der Kindergarten muss die Kinder bremsen, damit die Nivellierung in der Klasse stattfinden kann und das Mittelmass so eingerichtet wird, dass man der Klasse als Kindergärtnerin noch Meisterin wird. Wer heute einen Kindergarten besucht – ich habe als Mitglied einer Kreisschulpflege die Möglichkeit, das zu tun –, der sieht, dass selbst bei Fünfjährigen die sozialen und kulturellen Differenzen so gross sind, dass es erstaunlich ist, dass eine Kindergärtnerin in der Lage ist, eine Klasse überhaupt zusammenzuhalten und zu formieren. Während die einen Kinder kaum fünf Minuten dasitzen und andere kaum der deutschen Sprache mächtig sind, sind andere Kinder schon mit grossem

sozialen und emotionalen Kompetenzen ausgestattet und sind schon bald begeistert, willig und neugierig darauf, Buchstaben und Zahlen zu erlernen. Wenn wir in diesem Problem einfach den Kindergarten+ einführen – möglichst als kostengünstigste Variante –, dann vergrössern wir genau diese Differenzen. Die einen Kinder, die schon für Zahlen begeistert sind, lernen dann Rechnen und können am Ende der Kindergartenzeit auf irgendwelch dubiose Weise, da sie es selbst lernen und üben, schon fast den Stoff der ersten Klasse. Sie sind zwar nicht sattelfest darin, aber sie haben einen Zahlen- und Buchstabenbegriff. Vielleicht können sie wirklich schon lesen. Währenddem können andere Kinder im gleichen Alter kaum eine Viertelstunde selbstständig oder sogar mit anderen Kindern spielen. Das ist die Folge davon.

Es wird immer mehr Kinder geben, die früher eingeschult werden sollen. Es wird immer mehr Kinder geben, die eine Klasse überspringen werden. Das Resultat: Es wäre sinnvoller, gerade auf die Grundstufe zu gehen. Hier haben wir die Möglichkeit, genau diese Differenzen auszunivellieren. Die Kinder, die schnell sind, sind ein Jahr schneller in der zweiten Klasse respektive neu dann in der ersten Primarschule. Die Kinder, die langsam sind, haben Zeit. Die Kinder, die soziale Kompetenzen aufholen müssen, haben länger Zeit, dies in der Grundstufe zu tun. Die anderen sind schneller daran, sich wirklich im schulischen Lernen zu üben.

Es macht Sinn, möglichst früh ein paar Franken auszugeben und diese Grundstufe einzuführen. Wenn die sozialen und kulturellen Reparaturkosten in einem höheren Alter der Kinder geleistet werden müssen, dann ist es beachtlich teurer. Daran krankt unser System immer mehr. Wenn die Kinder in die Pubertät kommen und danach, wenn sie in die Lehre kommen, verursacht unser Schulsystem sehr hohe Kosten, weil es unseren Kindern nicht von Anfang an in der ganzen Breite gerecht wird.

Ich bitte Sie, sich für die Grundstufe einzusetzen und den Mehrheitsantrag zu unterstützen.

Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf): Ernst Züst, ich bezeichne mich als einigermaßen praxisnahe Bildungspolitikerin. Als langjährige Kindergartenpräsidentin mit immerhin zwölf Jahren Erfahrung, ehemaliges Vorstandsmitglied der Vereinigung zürcherischer Kindergartenbehörden und als praktizierende Mutter dreier Söhne liegt mir

die Entwicklung der Schule und des Kindergartens und seine Einbindung in unser Bildungssystem sehr am Herzen.

So befürworte ich die Reform, bringt sie doch eine ideale Verbindung zwischen den höchst positiven Elementen des bisherigen Kindergartens und den schulischen. Der bewährte Kindergarten ist in der Grundstufe nicht gestorben. Er wird um ein Vielfaches lebendiger und reicher.

Ich habe in meiner langen Zeit als Schulpflegerin etliche auffällige Kinder gesehen. Ich weiss aus zahllosen Schulbesuchen auf allen Stufen, dass die Gründe dafür sehr oft in Unter- oder Überforderung liegen. Packen wir jetzt die Gelegenheit, unsere Kinder frühzeitig und in allen Facetten zu erfassen und sie zielgerichtet mit einem gewissen Lehrplan – das hat der Kindergarten+ eben nicht – zu fördern.

Inge Stutz und Werner Hürlimann, kognitives Lernen schliesst soziales Lernen nicht aus. Kindergartenkinder laufen nämlich nicht kopflos herum. Ganzheitlichkeit, Susanne Rihs, hat für mich Kopf und Füsse. Ihnen als Gärtnerin möchte ich zu bedenken geben, dass es auch viele verdorrte Pflänzchen gibt, weil sie nicht genug Wasser bekommen haben.

Nutzen wir die einmalige Chance der Grundstufe. Wagen wir Neues. Altersgemischtes Lernen, Arnold Suter, wird in unseren Bergschulen immer noch mit Erfolg praktiziert. Die sind nicht dümmer als wir. Fördern wir den optimalen Schulstart, und reduzieren wir das Verhängnisvolle auf ein Minimum. Lehnen wir daher den Minderheitsantrag ab.

Markus Mendelin (SP, Opfikon): Der Kindergarten von heute, machen wir uns doch nichts vor, ist schon lange nicht mehr der Kindergarten, den wir noch aus unserer Jugendzeit kennen. Es ist heute so, dass praktisch in allen Gemeinden – zumindest in den grossen Gemeinden – längst der Kindergarten ergänzt worden ist durch zum Teil grundstufenähnliche Einrichtungen wie Mundartkurse im Teamteaching, Integrationsförderung, Begabtenförderung und so weiter. Alle diese Zusatzangebote werden heute von den Gemeinden finanziert. Diese Kosten entfallen. Zusätzlich profitieren die einzelnen Gemeinden von den Erfahrungen, die sie bereits gemacht haben. Auf der anderen Seite können wir aufhören damit, in jeder Gemeinde separate Kindergartenmodelle zu entwickeln, die irgendwelche ergänzende Leistungen anbieten, einfach darum, weil wir Integrationsprobleme, soziale Probleme und heterogene Klassen haben. Aus diesem Grund

ist die finanzielle Sicht zu betrachten. Die Grundstufe verdient unsere uneingeschränkte Unterstützung. Den Kindergarten+ mit einer Menge Zusatzunterricht haben wir nämlich schon.

Charles Spillmann (SP, Ottenbach): Die Kinderzeit ist eine entscheidende Zeit. Ich bin in der Fraktion ursprünglich für die vierjährige Basisstufe eingetreten. Aus taktischen Gründen haben wir uns dann für die Grundstufe entschieden.

Ich vermute, dass bei der Basisstufe der Druck Richtung Leistung bescheidener bleiben würde. In der Basisstufe wäre deutlich mehr Raum vorhanden für das, was die Grundstufenanhänger und die Anhänger des Kindergarten+ beide tatsächlich wollen. Natürlich kostet das. So haben wir uns auf die dreijährige Grundstufe beschränkt. Wenn diese Stufe in Ruhe, mit Sorgfalt und ohne Euphorie eingeführt wird, kann sie zu einem echten Gewinn für den Einstieg der Kinder ins Schulwesen werden.

Zu Arnold Suter betreffend die familienergänzende Funktion: Im Zusammenhang mit den Krippen- und Hortplätzen – da soll die Zahl massiv vergrössert werden – ist gelegentlich von uns die Frage anzugehen, ob die Gesellschaft die Erziehung der Kinder und Jugendlichen überhaupt grundsätzlich übernehmen soll. Nicht weil man das besonders toll findet, sondern weil schlicht allmählich keine andere Lösung mehr bleibt. Wenn Eltern zusehends stärker und umfassender dem Arbeitsprozess mit all seinen Instabilitäten und Unsicherheiten unterworfen werden – der total flexible Mensch wird uns als Vorbild hingestellt –, wer kann dann noch ein einigermaßen familiäres Milieu schaffen? Das ist für die Erziehung nötig. Wir geraten allmählich in Bereiche, wo wir uns ernsthaft Gedanken machen müssen, wie es nicht nur mit den Kindern, sondern mit uns allen weitergehen soll.

Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard): Ich habe zwei Fragen an den Bildungsdirektor und äussere mich zu einigen Voten.

Das Gesetz zu schreiben ist eine Sache, die praktische Umsetzung ist aber die andere Sache. Ich frage mich, wie die Umsetzung in den heutigen Schulhäusern und Kindergärten ohne zusätzlichen grösseren Bauaufwand vonstatten gehen soll, wenn drei Jahrgänge zusammenkommen. Soll das dezentral im Kindergarten stattfinden? Soll das

zentral im Schulhaus stattfinden? Wie ist das vorgesehen? Das ist organisatorisch letztlich gar nicht immer so einfach, vor allem nicht in kleineren Gemeinden.

Mit 150 Stellenprozenten und zwei Lehrern oder Lehrerinnen stellt sich doch die Frage der Verantwortlichkeit, der klaren Zuteilbarkeit.

Das Votum von Michel Baumgartner hat mich vollends auf den Plan gebracht. Genau die Grundstufe, Michel Baumgartner, geht von einem Idealbild aus. Woher nehmen Sie die Sicherheit, was die Grundstufe angeht? Woher wissen Sie, dass die Grundstufe besser ist? Sie haben in Ihrem Referat das Wort «gelogen» in den Mund genommen für diejenigen, die gegen die Grundstufe sind. Wer wirklich gelogen hat und reine Behauptungen in den Raum gestellt hat, ist aus Ihrem Votum einfach erkennbar gewesen.

Esther Guyer, Sie haben keinen guten Faden am Kindergarten gelassen. Es erstaunt mich, dass Sie schon so lange im Kantonsrat sind und nicht längstens einen Vorstoss gemacht haben, um diesen Kindergarten abzuschaffen.

Chantal Galladé, ich frage mich doch, woher Sie die Überzeugung nehmen, dass wir genau auf das Modell Grundstufe kommen würden, wenn wir heute den Kindergarten erfinden müssten. Wie soll der soziale Zusammenhang im Kindergarten respektive in der Grundstufe gefördert werden, wenn bereits alles individualisiert werden muss? Da werden wir nachher wieder mit Therapien etwas machen müssen.

Zu Jean-Jacques Bertschi: Wir wissen, dass Sie alles besser wissen als wir. Das ist für uns nicht neu. Die Behauptungen und Diskussionen, die wir jetzt gehört haben, sind gleich wie seinerzeit, als wir über die gegliederte und die dreiteilige Oberstufe gesprochen haben. Auch da hat es sich gezeigt, dass die gegliederte Sekundarstufe gegenüber der dreiteiligen Sekundarstufe keine Vorteile gebracht hat. Die Konsequenz aus dem Vergleich ist, dass wir jetzt viel diskutieren, dass die Grundstufe mehr kostet und im Endeffekt nicht mehr bringen wird. Da es sich bei dieser Frage um eine der wesentlichsten handelt in diesem Gesetz, beantrage ich,

die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach): Ich teile die Meinung von Susanne Rihs. Es hat gute Gründe, dass der Kindergarten so heisst. Es ist mir in den Sinn gekommen, dass diese Vorstufe sogar auf Englisch genauso heisst: «Kindergarten». Offensichtlich waren die Europäer einmal voraus.

Die Grundstufe hat durchaus gute Ansätze. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Lehrpersonen des Kindergartens und der Unterstufe ist auf jeden Fall anzustreben. Flexibilität ist gefragt. Die unterschiedlichen Entwicklungsphasen und Begabungen der Kinder sollen berücksichtigt werden. Es ist allerdings heute schon möglich, für frühreife und überdurchschnittlich begabte Kinder flexible Lösungen in der Einschulung zu finden. Auch mit dem Kindergarten+ wird dies möglich sein.

Wir sind überzeugt, dass der Kindergarten kindliche Grundbedürfnisse befriedigt und die beste Voraussetzung für eine ganzheitliche Förderung der Kinder bietet. Ganzheitliche Förderung umfasst das Gemüt, die ästhetische und soziale Erziehung sowie die Entwicklung der Sprache, der Ausdrucksfähigkeit, der Konzentrationsfähigkeit, der Ausdauer und der Selbstständigkeit.

Wenn schon eine Grundstufe, wäre es weiterhin sinnvoll, dass eine für den Kindergarten ausgebildete Lehrperson und eine Lehrkraft der Unterstufe zusammenarbeiten würden. Jede oder jeder soll aus der unterschiedlichen Ausbildung die Schwerpunkte einbringen. Damit könnte eine Verschulung des Kindergartens vermieden werden.

Wir unterstützen das Modell Kindergarten+, weil es die Vorteile des Kindergartens mit den Bedürfnissen begabter und frühreifer Kinder vereint. Jedenfalls müssten vor der definitiven Einführung einer Grundstufe weitere Versuche durchgeführt und evaluiert werden.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten): Die Diskussion kommt mir ein bisschen komisch vor. Es wird unterschieden zwischen den Guten, die für die Grundstufe sind, den ewig Gestrigen und ein bisschen Doofen, die den Kindergarten+ möchten. Man kann in guten Treuen beide Modelle begründen. Ich bitte darum, dass diese Selektion in die Doofen und Klugen nicht gemacht wird. Es gibt wirklich gute Gründe für beide Modelle.

Ich selber bin für das Modell Kindergarten+. Ich attestiere aber auch denjenigen, die für die Grundstufe sind, dass sie es mit den Kindern gut meinen.

Ich selber war nie im Kindergarten. Das gab es zu meiner Zeit noch nicht. (*Heiterkeit.*) Das gab es in dem kleinen Kaff im Kanton Glarus, in dem ich aufgewachsen bin, nicht. Ich kam direkt in die Schule, und zwar in eine Mehrklasse. Ich war von der ersten bis zur dritten wie auch und von der vierten bis zur sechsten Klasse in einer Mehrklasse. Ich habe das sehr gut erlebt. Meine Tochter ist heute auch in einer Mehrklasse. Ich erlebe das nicht so gut. Die Zeiten haben sich geändert. Die Schule hat sich geändert. Die Zusammensetzung der Kinder ist anders. Die Art des Unterrichts ist anders. Man kann manchmal Dinge nicht vergleichen. Dinge, die früher einmal gut waren, müssen heute nicht unbedingt genau gleich sein.

Zwei Gründe, weshalb ich gegen die Grundstufe und für das Modell Kindergarten+ bin: Ein für mich wichtiger Grund ist, dass die Kinder im Kindergarten+ nicht Lesen, Rechnen und Schreiben lernen, sondern sie können, wenn sie das wollen. Der Druck ist nicht da. In der Grundstufe ist dieser Druck. Am Ende der Grundstufe muss man den Stoff der ersten Klasse intus haben. Es ist ein Druck seitens der Gruppe da, das so schnell als möglich zu können. Sie wissen alle, dass es einen Gruppendruck gibt. Dem kann sich niemand entziehen. Das können wir Erwachsene nicht einmal. Es ist auch ein Druck seitens der Eltern da, die sich heute schon bei Fünfjährigen fragen, was sie tun können, damit ihr Kind einmal den Sprung ins Gymnasium schafft. Es ist so. Das passt mir auch nicht. Ich gehe nicht mehr an Elternabende, weil mich diese ehrgeizigen Eltern so ankotzen. Ich ertrage das nicht mehr.

Meine Tochter konnte schon lesen und schreiben, als sie in die Schule kam. Es war nicht das Problem, dass es ihr langweilig im Unterricht war, weil sie das alles noch einmal tun musste. Sie wurde nämlich entlastet. Sie konnte lesen. Sie konnte dafür in den Flötenunterricht. Ihr Problem war, dass sie den Ablösungsprozess nicht geschafft hat. Das ist eine Frage des Alters. Man kann nicht Fünfjährige in die Schule schicken, nur weil sie schon lesen, rechnen und schreiben können. Das sind kleine Kinder, die ganz andere Probleme haben. Sie müssen sich nämlich vom Mami oder vom Papi lösen. Sie müssen sich in einer grossen Gruppe behaupten lernen. Das ist das Problem dieser Kinder. Wenn man sie zu früh verschult – Esther Guyer hört das nicht gerne, ich weiss es –, dann fördert man sie in einem Segment, schafft ihnen

aber Probleme in einem anderen. Diese Kinder können nicht frei und unbeschwert lernen, weil sie im Sozialen Mühe haben, weil sie kleine Kinder sind und andere Bedürfnisse haben.

Der zweite Grund, weshalb ich dagegen bin, ist ein finanzieller. Ich glaube nicht, dass es sich finanzschwache Gemeinden leisten werden, grössere Räume zu bauen. Chantal Galladé hat Regierungspräsident Ernst Buschor einen Auftrag für die Verordnung gegeben. Ich möchte auch einen erteilen. Wenn dort schon stehen wird, dass eine 150-prozentige Anstellung zwingend ist, dann hätte ich auch gerne andert-halb Schulzimmer zwingend in der Verordnung verankert. Wenn Sie 22 so kleine Kinder in einem kleinen Raum halten, ist das Käfighaltung. Das bringt gar nichts. Es ist ein Riesenradau. Die Kinder werden sich da nicht konzentrieren können. Wer den Werbefilm über das Seminar Unterstrass gesehen hat, mit dem man uns die Grundstufe verkaufen wollte, der hat das dort erlebt. Es ist ein «Höllenneis» dort drin. Ich bin froh, dass ich nicht so Schreiben und Lesen lernen musste. Es ist noch schlimmer als hier im Kantonsrat, wo man manchmal sein eigenes Wort nicht versteht. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Lukas Briner (FDP, Uster): Diese Debatte scheint mir trotz ihrer Länge zu wichtig, als dass man sie den Bildungspolitikern allein überlassen darf. Dieser Meinung war offenbar auch ein zorniger Arnold Suter, wenn er auch einen anderen Standpunkt als ich vertreten hat. Ich habe hier drin fast unglaubliche Dinge gehört. Hier werden jene Gegensätze zelebriert, welche genau dazu führen, dass den Kindern vor allem in der Unterstufe die Schule verleidet. Gemüt, Spiel und soziales Verhalten ordnen Sie dem Kindergarten zu, Intellekt, Leistung und Wettbewerbsdruck der Schule – genau wie jene wohlmeinenden Göttis und Grosseltern, welche den stolzen Erstklässlern mit dem «Thek» am Rücken sagen: «So, jetzt beginnt der Ernst des Lebens.» Als ob dieser nicht längst begonnen hätte und als ob das Vergnügen nicht weiterginge.

Längst pflegt die Unterstufe zumindest, wenn nicht auch die Mittelstufe, Gemüt, Muse und soziales Verhalten. Es gefällt den Kindern dort. Es gefällt ihnen, weil sie lernen und nicht, obwohl sie lernen müssen. Auch Theater, Hanspeter Amstutz, spielen sie in der Unterstufe mehr als im Kindergarten und besser als wir hier im Rathaus. *(Heiterkeit.)*

Es geht doch nicht um beschleunigtes Lernen, Herr Pädagoge Amstutz. Es geht auch um langsames Lernen. Es geht, ohne dass man als Versager oder zu schwach eingestuft wird. Es geht um ein Abholen

der Kinder, dann, wenn sie lernen wollen und können und nicht in einem befohlenen Zeitpunkt mit sieben Jahren. Wann erbringen denn Kinder die grösste intellektuelle Leistung ihres Lebens? Lange bevor die Pädagogen eingreifen, nämlich wenn sie Sprechen lernen. Das lernen sie nicht etwa von selbst. Das lernen sie nach Massgabe ihres Umfelds. Die einen lernen Japanisch, die anderen «Sehr-früh-Englisch», die dritten «Baseldytsch».

Die Grundstufe schafft genau jenes Umfeld, in dem die Kinder ohne Stress und ohne Druck abgeholt werden, Susanne Rihs. Was das Konkurrenzverhalten betrifft, Hanspeter Amstutz, das lernen die Kinder nicht in der Schule. Das lernen sie auch nicht in der Grundstufe. Das ist leider dem Menschen weitgehend eigen. Genau die Grundstufe bringt jenen behutsamen Start, den sich Susanne Rihs wünscht. Das Konkurrenzverhalten bringen die Kinder heute schon in die Schule mit. Es findet schon im Sandhaufen statt.

Lassen Sie den Sand im Haufen und streuen Sie ihn uns nicht in die Augen!

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Ich habe mein Referat auch erst jetzt kurz vorbereitet. Ich muss Lukas Briner doch entgegenen. Es wird mehrmals behauptet, bei der Grundstufe sei es möglich, individuell auf das Kindergartenkind einzugehen. Das stimmt einfach nicht. Es ist möglich beim Kindergarten+. Das Kind muss dort abgeholt werden, wo es ist, wenn es in den Kindergarten eintritt. Das ist wichtig. Es muss zuerst einiges anderes passieren, bevor es schulisch entwickelt werden kann. Ich nenne ganz ehrlich das Beispiel meines Vierjährigen. Wenn ich ihn diesen Sommer in die Grundstufe schicken müsste, wäre mir angst und bang dabei. Er hat jetzt mit vier Jahren nämlich ganz andere Interessen. Er möchte viel lieber den Bauernhof kennen lernen. Er muss zuerst abgeholt werden. Ich stehe ehrlich dazu, dass meine neun Söhne alle das gleiche Problem haben. Sie sind nämlich Spätzünder. Solche Söhne müssten jetzt schon im ersten Kindergarten erleben, dass sie überfordert sind, weil schulisch so viel von ihnen verlangt wird. Das ist doch ein Unsinn.

Ich spüre, dass es in diesem Rat zwei Lager gibt, nämlich die intellektuelle und die andere Seite. Die intellektuelle Seite hat natürlich Kinder, die nicht weit vom Stamm gefallen sind. Es sind begabte Schüler. Dadurch sieht man das Anliegen, diese möglichst früh zu fördern und zu fordern. Das verstehe ich. Wir müssen aber auch ins Volk hinein hören. Ich höre vom Volk, dass ein anderer Wunsch da ist. Der Kin-

dergarten solle bleiben. Man solle die Kinder im Kindergarten so abholen, dass sie nachher schulreif sind, dass nachher in der Schule möglichst alle mitgenommen und schulisch gebildet werden können. Das ist das Ziel des Kindergartens.

Kinder sollen nicht bereits im Kindergarten überfordert werden. Ich staune, dass ein Teil der Grünen diese Grundstufe will. Rudolf Steiner – nach meinem Verständnis – forderte und lehrte etwas ganz anderes.

Theres Weber-Gachnang (SVP, Uetikon a. S.): Ich kann heute zum ersten Mal voll und ganz das Votum von Silvia Kamm unterschreiben. Es hat nicht viele Leute hier drinnen, die im Moment selbst noch Kinder in der Schule haben. Es freut mich, dass doch einige Betroffene gesprochen haben.

Susanna Rusca und Karin Maeder haben die Vorteile des Kindergarten+ aufgezählt, aber von einer Mogelpackung gesprochen. Die Begründung fehlte jedoch.

Yvonne Eugster hat gesagt, Kinder, die möchten, sollten gefördert werden. Der Kindergarten solle kantonalisiert werden. Auch das erfüllt der Kindergarten+.

Chantal Galladé gibt zu, dass die Grundstufe ein Experiment ist. Auch gibt sie schon zu, dass sie mindestens 150 Stellenprozente braucht. Wenigstens ist sie heute als Einzige ehrlich.

Die FDP schliesslich ist auf dem Schnellzug durch die Kindheit gefahren. Die neun Monate Schwangerschaft können für sie bis heute leider weder gekürzt noch abgegeben werden. Die Zeit bis zur Einschulung muss so kurz wie möglich gehalten werden, um dann schnell und effizient Gymischülerinnen und -schüler zu produzieren; dies alles ohne Druck, aber auch ohne elterliche Zuwendung und Liebe. Mit spätestens vier Jahren sollen die Kinder nämlich fremdbetreut und am liebsten auch erzogen werden. Manche Früheinschulung ist nicht Wille der Kinder, sondern der ehrgeizigen Eltern. Diese Kinder bedaure ich, aber auch sie werden gross. Das Ergebnis der unbekanntenen und zu wenig erprobten Grundstufe ist leider erst dann sichtbar.

Dass Jean-Jacques Bertschi und Michel Baumgartner ihre Begründungen zur Grundstufe nicht ohne Arroganz und Überheblichkeit darlegen können, ist für mich ein Zeichen von Schwäche und Unsicherheit. Schade.

So werde ich als Mutter weder parteipolitisch wie FDP und SP noch taktisch wie Charles Spillmann, sondern mit Überzeugung dem Kindergarten+ zustimmen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich muss meinem Namenskollegen sagen: Rudolf Steiner ist kein Übertäter für die Grünen, obwohl ich eigentlich sehr viel von ihm halte. Ich kenne das Ganze ein bisschen, weil meine Schwester zufälligerweise Steiner-Kindergärtnerin ist. Es ist nicht so, dass Rudolf Steiner einfach nicht richtig liegt. Wir haben in diesem Sinn keine einheitliche Bildungsideologie. Dies als Vorbe-merkung.

Das falscheste Argument, das Sie gebracht haben, Gerhard Fischer, ist, dass nicht die Intellektuellen oder diejenigen, die aus intellektuellem Haus kommen, für eine Schulreform à la Grundstufe sind, sondern ich würde das krasse Gegenteil behaupten. Es gibt nämlich gute Gründe, aus so genannt von oben herab blickender intellektueller Sicht zu sagen: Schafft die Schule ab! Ich bin nicht sicher, ob Goethe in der Schule nicht gescheitert wäre und nicht ein Buch geschrieben hätte. Es gibt namhafte Leute, die gleicher Meinung sind. Das mag auch heute noch der Fall sein. Es gibt gute Gründe zu sagen, dass es einen grossen Prozentsatz an Schülerinnen und Schülern gibt, die in dieser Schule, wie wir sie heute haben, verdummen. Das ist so. Die Schule ist auch nicht demokratisch. Ich weiss nicht, was eine demokratische Schule ist. Die Schule lebt nicht davon, dass irgendeine Volksmehrheit bestimmt, was gelernt und gelehrt wird. Die Schule hat aber den Anspruch, möglichst egalitär zu sein. Das ist für mich der Hauptgrund, warum ich für die Grundstufe eintrete, weil sie einen grösseren egalitären Zugang zum heutigen Schulsystem ermöglicht. Ich messe unser Schulsystem daran, inwieweit es heute gelingt, einen grösseren Teil der Kinder, nicht zuletzt Ausländerkinder, in unserem Schulsystem so weit zu fördern, dass sie tatsächlich maturitäts- und hochschulfähig werden. Es soll auch unter den Lehrabschlussleuten einen grösseren Prozentsatz Ausländerkinder – übrigens auch aus anderen Kulturbereichen wie dem Abendländischen – geben. Das ist ein Massstab. Da können wir dann diskutieren, ob wir die 50-Prozent-Quote wollen, wie das heute im Blick gestanden hat und wie das eine grosse Partei jetzt fordert. Immerhin ist dies eine richtige Überlegung. Ich bin in diesem Sinne ein Alt-Linker. Die Linken haben nämlich vor 30 Jahren gesagt, das Schulsystem messe sich daran, ob es statt 5 Prozent Arbeiterkinder an der Universität 10 oder 15 Prozent gibt. Diese

Forderung ist heute immer noch richtig. Daran misst sich die Durchlässigkeit eines Schulsystems. Ich glaube, dass der frühere, auch der individualisiertere Zugang eher die Chancen jener vergrößert, die von zu Hause aus schlechtere Chancen haben. Das Problem ist, dass diejenigen, die die Grundstufe kritisieren, sie letztlich aus einem familialistischen Ansatz heraus kritisieren. Sie sagen, die Kinder würden aus ihrer Geborgenheit herausgerissen. Sie gehen in gewissem Sinne von einem einheitlichen Familienbild aus, das die Kinder von A bis Z begleitet. Dann kommt die Grundstufe, die das gewissermassen zerreisst. Ich meine das Gegenteil. Diese Grundstufe ist eher an die heute patchworkartige Lebenswirklichkeit angepasst. Sie ist deswegen auch eine Chance derer, die heute im Bildungswesen an der untersten Stufe stehen. Ich habe manchmal von gutmeinenden Bildungspolitikern aus allen Lagern, die heute die Grundstufe befürworten, ein bisschen den Eindruck bekommen, sie meinten eigentlich Eliteförderung. Ich möchte da nicht falsch verstanden werden. Es geht nicht einfach um alle «Unihuscheli», die meinen, sie seien jetzt Bildungspolitiker und sagen: «Frivol, frivol, macht die Grundstufe, dann blühen wir alle auf. Hauptsache, die Intellektuellen kommen nicht zu kurz.» Mir geht es eher um das Gegenteil. Die Intellektuellen können sich nämlich wehren. Es geht aber um eine Grundstufe für die anderen. Da treffe ich mich sehr wohl mit der SVP. An sich vertritt sie diese Leute. Sie haben aber noch nicht gemerkt, dass Ihre Kinder nicht mehr in dieser Geborgenheit aufwachsen, wie Sie vielleicht selbst aufgewachsen sind.

In diesem Sinne ist meine Befürwortung kein Nein zu altmodischen Ansichten. Es geht nicht um modern oder altmodisch. Was ist schon modern, was ist postmodern, was ist altmodisch? Nein, es geht um mehr Egalität.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Daniel Vischer, ich habe Ihnen sehr gut zugehört. Ich habe auch gesehen, dass die Massstäbe verschieden sind. Vor lauter Zentimeter, von denen Sie gesprochen haben, habe ich nicht ganz verstanden, was Sie uns eigentlich mitteilen wollten. So klar und überzeugend, wie Sie das sagen, ist der Inhalt, den Sie von sich gegeben haben, nicht gewesen.

Lukas Briner, Sie haben eine Zweiteilung gemacht. Das Gemüt und die Psyche würden in dieser Diskussion dem Kindergarten und der Stress und die Bildung der Schule zugeordnet. Das ist das übliche Schema, das wir hier immer wieder diskutieren. Man kann es beiden

Orten zuweisen, weil es bei beiden Orten möglich ist zu stressen oder Kind sein zu können. Wir müssen uns fragen, ob wir, wenn wir das System ändern, eine Verbesserung an den Tag legen können oder nicht. Ich glaube nicht, dass wir ohne Zwang etwas Bewährtes ändern, nur weil ein paar Theoretiker finden, es sei besser als das Bisherige. Hinzu kommt, dass zum Beispiel die Platzfrage nicht gelöst ist. Bei der Pädagogischen Hochschule haben wir gesehen, was es heisst, wenn man solche Argumente in der Ratsdebatte in den Wind schlägt und dann nach ein, zwei Jahren kommt und sagt, das hätten wir eigentlich auch lösen sollen. Es ist nicht gelöst. Wenn man hier irgend etwas erzählt, dann bin ich genauso überzeugt, dass es so sein wird wie bei der Pädagogischen Hochschule. In zwei, drei Jahren werden wir darüber diskutieren, wie viele Millionen Franken dies noch kosten wird.

Ich sehe keine Notwendigkeit. Wir sollten der Grundstufe nicht zustimmen.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa), spricht als Ratsmitglied: Wer mit dem Kopf durch die Wand will, riskiert mindestens Beulen. Eine grosse, schmerzende Beule könnte aufgrund des Durchboxens der Grundstufe die Niederlage an der Volksabstimmung für die gesamte Vorlage bedeuten. Wenn Sie den Grundgesetzestext lesen, können Sie unschwer feststellen, dass nur in einem einzigen Wort, nämlich «Grundstufe» und «Kindergarten» ein Unterschied besteht. Wir haben also mit Ihnen allen die Herausforderungen an die Vorschulstufe erkannt. Wir wollen durchaus dasselbe wie die Befürworter der Grundstufe, nämlich Intuition erkennen, Erwachsenenwelt kennen lernen, Kulturtechniken einführen, Selbstwert steigern, Integration in die Volksschule et cetera.

Der positive Ansatz der Grundstufe ist telquel auch im Kindergarten möglich und begrüssenswert. Das hat Markus Mendelin gesagt. Es sind heute im Kindergarten praktisch alle Elemente der Grundstufe eingeführt. Warum sollen wir da nicht weitermachen? Sie können nun behaupten, wie Sie wollen, es ist schon in anderen Kantonen und Ländern bekannt, dass dies schlicht für die Grundstufe nicht stimmt. Ich zitiere Ihnen aus dem Seminar Unterstrass: «Die von der Pädagogischen Hochschule geforderte Forschungs- und Dienstleistung erbringt Unterstrass bereits durch Erprobung der Grundstufe unter eigenem Dach – einer der ersten Versuche dieser Art, der landesweit Beachtung gefunden hat.» Unterstrass macht diesen Versuch sehr gut, insbesondere deshalb, weil es zwei hervorragende, langjährige Mitarbeite-

rinnen damit betreut hat. Man erkennt aber auch die Gefahr dieses kurzen Versuches, in dem bestätigt wird, dass es in so kurzer Zeit eine Herkulesaufgabe ist, genügend derart feinsinnig aufeinander abgestimmte Lehrkräfte zu finden und zu bilden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird der Übergang in die zweite Klasse und vor allem die leistungsfähige Abstufung aus dieser Vorbildung entsprechend alles andere als einfach sein, da die grossen Probleme in den folgenden fünf Jahren hinzukommen. Vermutlich ist dieser Leistungsunterschied bis hinauf in die sechste Klasse oder sogar in die Oberstufe durchzuziehen. Damit würden wir Paragraf 26 für die Nichtbildung von Leistungsklassen widersprechen. Damit würden wir eine starke Einengung der Chancengleichheit der Kinder herbeiführen.

Der Kindergarten kann ohne Einschränkung ein- und weitergeführt werden, weil in der Grundstufe alle vorhandenen Elemente schon da sind. Niemand hat behauptet, das gelinge nicht und das sei nicht an die Volksschule anzugliedern. Der Kindergarten kann ohne weitreichende Investitionen in den bestehenden Quartierkindergärten sofort mit dieser neuen Umsetzung beginnen. Der Kindergarten passt in die jetzigen Strukturen und stellt nicht ganze Schuldörfer auf den Kopf. Der Kindergarten kann den Versuch Grundstufe ohne weiteres weiterführen. Wenn dann tatsächlich gefestigte Kenntnisse vorhanden sind, die für die Einführung einer Grundstufe sprechen, können wir das in zehn oder fünfzehn Jahren mit einer Gesetzesänderung herbeiführen.

Lehnen Sie diese unerprobte Drängelei ab und besinnen Sie sich auf die wahren Stärken dieser Vorlage.

Michel Baumgartner, ich muss Sie betreffend die Zahlen schon wieder korrigieren. Nach Ihrem vorliegenden Papier kostet die Grundstufe 64 Millionen Franken plus 12 Millionen Franken Weiterbildung für die Lehrkräfte. Die resultierenden 18 Millionen Franken, die in der Presse aufgeführt werden, entstehen erst, wenn 30 Millionen Franken durch Veränderung der Klassengrössen eingespart werden, wenn die Reduktion der Sonderklassen A kommt und wenn die neuen Zeitmodelle kostenfrei greifen. Erst dann stimmt diese Zahl. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Regierungspräsident Ernst Buschor: Zum Standpunkt der Regierung: Ich zitiere aus der Weisung: «Aus finanziellen Gründen wird jedoch zurzeit auf die Umsetzung einer Reform der Vorschulstufe verzichtet. Auch auf die Einführung des Kindergarten+ wird damit verzichtet, da dieser heute ähnlich hohe Kosten verursachen würde und weitere Kos-

ten bei einer späteren Umstellung auf die Grundstufe anfallen würden. Zudem vermag der Kindergarten+ auch in pädagogischer Hinsicht weniger zu überzeugen, würden doch die Schwierigkeiten, die durch den unterschiedlichen Stand der Kinder bestehen, bei der Einschulung nicht gelöst.»

Jetzt diskutieren wir über Kindergarten+ oder Grundstufe. Beides ist bis zu einem gewissen Grad ein Experiment, auch der Kindergarten+. Wir haben auch dort noch keine erprobte Lösung. Der Schritt ist zugegebenermassen kleiner. Wir haben ebenfalls die Ausgangslage, dass die Kosten sehr ähnlich sind. Sie sind nur in den einmaligen Kosten um 6 Millionen Franken verschieden. Das ist nicht das Problem. Wir haben auch die Ausgangslage, die hier unbestritten war, dass Kinder heute heterogener sind, als sie es früher waren. Kinder sind – das ist unbestritten – im Kern neugierig und lernwillig in sozialer, in musischer und in kognitiver Hinsicht. Sie müssen ganzheitlich geschult werden. Das wollen sowohl der Kindergarten+ wie auch die Grundstufe.

In der schweizerischen Diskussion – auch in der Erziehungsdirektorenkonferenz – ist heute praktisch nur noch von der Grund- oder Basisstufe die Rede. Das ist Teil des mutmasslichen Konkordats, das zurzeit erarbeitet wird und das praktisch auf 2008 die Grund- oder Basisstufe als Wahlmöglichkeit bringen wird, so wie wir das auch wollen. Es geht sogar so weit, dass die Innerschweiz bereits die Lehrerbildung so einrichtet, dass dort Grund- oder Basisstufenlehrkräfte ausgebildet werden. Es ist also so, dass wir alle einen ganzheitlichen, individuellen und spielerischen Übergang ins Lernen wollen. Das wollen sowohl die Befürworter des Kindergarten+ als auch diejenigen der Grundstufe.

Drei Gründe sprechen für die Grundstufe im Vergleich zum Kindergarten+. Erstens: Die Grundstufe gibt unseres Erachtens den schwächeren Schülern eine bessere Stütze. Nehmen Sie den Fall des schwachen Schülers an, der im Kindergarten+ ist. Dann muss er allenfalls in eine Sonderklasse A, das heisst eine zweijährige erste Klasse. Das sind immerhin 180 Klassen im Kanton Zürich. Wenn er diese Sonderklasse A absolviert hat, kommt er in eine zweite Klasse, die bereits im Klassenzug steht. Wir stellen immer wieder fest, dass der Wechsel der sozialen Gruppe für Kinder einige Probleme aufwirft. Dieser Wechsel erfolgt praktisch in eine Gruppe, die schon festgefügt ist. Er hat also drei Schritte. Geht er in die Grundstufe, ist er dort drei, allenfalls sogar vier Jahre und geht mit einer Gruppe in die zweite Klasse. Damit

ist dieser Wechsel wesentlich harmonischer für ihn. Es zeigt sich immer wieder, dass gerade schwächere Schüler – übrigens auch hoch begabte Schüler – mit dem Wechsel der Gruppe Probleme haben.

Zweitens: Die Grundstufe fördert den begabten Schüler insofern besser, als eben diese Gruppenwechselfrage vereinfacht wird. Ich nehme einen hoch begabten Schüler, der aus dem Kindergarten+ in die erste Klasse kommt. Das ist ein normaler Gruppenwechsel. Dort überspringt er aber dann die zweite Klasse in die dritte Klasse und muss wieder in eine fest gefügte Gruppe eintreten. Wir stellen immer wieder fest, dass gerade dort die Probleme liegen, nicht im Lernen. Das entfällt bei der Grundstufe.

Der dritte Grund, der für die Grundstufe im Vergleich zum Kindergarten+ spricht, ist das, was Daniel Vischer bereits angesprochen hat. Die Grundstufe sichert die Chancengleichheit besser. Der Kindergarten+ läuft Gefahr, weit gehend in den Händen einer Lehrperson zu liegen – übrigens eine Sache, die noch einiges an Ausbildung, Lehrplan und so weiter braucht; Dinge, die wir alle auch erarbeiten müssten, wie beim Grundstufenmodell. Die Ausbildung ist dort ebenso anspruchsvoll. Die Chancengleichheit ist dort sicher schwieriger sicherzustellen als in einer im Schulsystem stärker integrierten Grundstufe. Ich sage nicht, dass man es nicht erfüllen könnte. Es ist schwieriger sicherzustellen.

Diese drei Gründe sprechen für die Grundstufe im Vergleich zum Kindergarten+. Auch das Experiment Kindergarten+ wird einige Massnahmen erfordern.

Zu den Fragen von Arnold Suter betreffend altersdurchmisches Lernen: Es trifft zu, dass wir damit im Schulprojekt 21 Probleme hatten. Die Probleme liegen aber bei den Lehrkräften. Wir stellen fest, dass sich klassenübergreifender Unterricht auf die Situation der Jugendlichen sehr positiv auswirkt. Er wirkt sogar entlastend im Verhältnis schwächere/stärkere Schüler. Er wirkt positiv selbst bei Gewaltphänomenen, weil die Begegnung breiter ist. Sie können das alles in der Evaluation nachlesen. Es ist aber richtig, dass diese Unterrichtsform didaktisch sehr anspruchsvoll ist und dass wir beim Schulprojekt 21 zu wenig vorgekehrt haben, um auf diese Didaktik vorzubereiten. Hier werden wir bei der Grundstufe sehr viel tun müssen. In diesem Sinne haben wir 2008 als Zielgrösse, um dies zu bewältigen.

Zu den Kostensteigerungen füge ich bei, Ernst Züst, dass es stimmt, dass in unserem Papier über die Kosten der Volksschulreform 400 Millionen Franken stehen, von 1,6 auf 2 Milliarden Franken. Diese 400 Millionen Franken sind aber die Abschreibungen und kalkulatori-

schen Zinsen auf den Schulhäusern, die so oder so bei einer kostenrichtigen Betrachtung integriert werden müssen. Es sind nicht die Mehrkosten der Reform, sondern die korrekten Kosten der Volksschule. Die anderen Kosten sind hier ausgewiesen. Sie sind verschiedentlich zitiert worden. Es sind nicht Schätzungen, sondern Berechnungen. Da komme ich zur Frage von Hansjörg Schmid. Wir haben die Berechnungen bezüglich Schulraumkosten der Grundstufe an konkreten Beispielen durchgerechnet. Es sind nicht zur Schätzungen. Wir werden diese Berechnungen weiter erhärten. 22 Schüler pro Grundstufenklasse, die natürlich dann anders nach Einheiten gebildet werden, weil sie eben nicht mehr Klassenzüge sind und die dezentral in den heutigen Kindergärten bleiben.

Die Verantwortlichkeitsfrage haben wir heute auch bei den geteilten Klassen in der Volksschule. Hier ist das Problem insofern entschärft, dass sie teilweise zusammen im Unterricht tätig sind. Das erscheint uns lösbar.

Wenn ich diese Argumentation betrachte, dann spricht, wenn wir uns für ein anderes Modell entscheiden, doch das Übergewicht der Argumente für die Entwicklung zur Grundstufe und nicht zum Kindergarten+.

In diesem Sinne befürworte ich den Antrag Grundstufe, wenn tatsächlich einer der beiden Anträge gewählt wird. Ich ersuche Sie um Zustimmung zur Kommissionsmehrheit.

Ratspräsident Thomas Dähler: Wir kommen nun zum Abstimmungsprozedere. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass sich der Entscheid Grundstufe oder Kindergarten+ auf folgende Paragraphen auswirken wird: Volksschulgesetz, Vorlage 3858a, Paragraphen 5, 6, 24, 26, 33, 35, 60, 76 und 79; im Bildungsgesetz, das wir eigentlich schon beraten haben, Vorlage 3859a, Paragraph 8 Absatz 2.

Abstimmung

Für den Antrag, die Abstimmung über Paragraph 4, Volksschulgesetz, unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich sichtbar mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Abstimmung unter Namensaufruf

Der Kommissionsantrag zu Paragraf 4 wird dem Minderheitsantrag Werner Hürlimann, Hanspeter Amstutz, Oskar Bachmann, Christian Mettler, Inge Stutz und Jürg Trachsel gegenübergestellt.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit zu Paragraf 4 stimmen folgende 85 Ratsmitglieder:

Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a. A.); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Brandenberger Markus (SP, Uetikon a. S.); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Briner Lukas (FDP, Uster); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Chanson Robert (FDP, Zürich); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Hollenstein Erich (parteilos, Zürich); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Hösly Balz (FDP, Zürich); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Johner-Gähwiler Brigitta (FDP, Urdorf); Keller Ueli (SP, Zürich); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Kosch-Vernier Jeanine (Grüne, Rüslikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Marty Robert (FDP, Affoltern a. A.); Mendelin Markus (SP, Opfikon); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Noser Ruedi (FDP, Hombrechtikon); Pillard Luc (SP, Illnau-Effretikon); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reber Klara (FDP, Winterthur); Reist Walter (SP, Zürich); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Ruggli Marco

(SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Sallenbach Hansueli (FDP, Wallisellen); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Tremp Johanna (SP, Zürich); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Volland Bettina (SP, Zürich); Waldner Liliane (SP, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Weber Peter (Grüne, Wald); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zopfi Helga (FDP, Thalwil).

Gegen den Antrag der Kommissionsmehrheit zu Paragraf 4 stimmen folgende 73 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Ackeret Rudolf (SVP, Basersdorf); Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Rudolf (SVP, Winterthur); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Binder Fredi (SVP, Knonau); Boder Rolf (SD, Winterthur); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Dobler Bruno (SVP, Lufingen); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fehr Hansjörg (SVP, Kloten); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Furrer Werner (SVP, Zürich); Furter Willy (EVP, Zürich); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jucker Johann (SVP, Neerach); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Knellwolf Ernst (SVP, Elgg); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Manser Emil (SVP, Winterthur); Mächler Peter (SVP, Zürich); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Püntener Toni W. (Grüne, Zürich); Ramseyer Samuel (SVP, Niederglatt); Rath Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rüegg Luzius (SVP, Zürich);

Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Styger-Bosshard Maria (SaS, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Sutter Walter (SVP, Zürich); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Weber-Gachnang Theres (SVP, Uetikon a. S.); Wickli Hans (SVP, Dachsen); Wild Hans (SaS, Zürich); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 2 Ratsmitglieder:

Germann Willy (CVP, Winterthur); Müller Thomas (EVP, Stäfa).

Abwesend sind folgende 19 Ratsmitglieder:

Bachmann Ernst (SVP, Wädenswil); Bosshard Werner (SVP, Rüm-
lang); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Cavegn Reto (FDP, Ober-
engstringen); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Filli Peider (AL,
Zürich); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Gübeli Jacqueline (SP, Hor-
gen); Hardegger Thomas (SP, Rüm-
lang); Heiniger Thomas (FDP, Ad-
liswil); Huber Severin (FDP, Dielsdorf); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst
a. A.); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Munz Roland (SP,
Zürich); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schwitter Stephan
(CVP, Horgen); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Walliser
Bruno (SVP, Volketswil); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Der Kantonsrat stimmt mit 85 : 73 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag der Kommissionmehrheit zu Paragraf 4 zu.

Ratspräsident Thomas Dähler: Mit dieser Entscheidung entfallen in den folgenden Paragrafen weitere Abstimmungen betreffend diese Grundsatzfrage. In der Vorlage 3858a, Volksschulgesetz, betrifft dies die Paragrafen 5, 6, 24, 26, 33, 35, 60, 76 und 79 Litera f, Gesetz über die Pädagogische Hochschule, Paragrafen 6 und 15.

Mit seinem Entscheid hat der Rat nun auch die noch verbleibende Pendenz im Bildungsgesetz, nämlich Paragraf 8 Absatz 2 bereinigt. Es gilt dort die Fassung der Kommissionsmehrheit.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Erklärung der SVP-Fraktion

Alfred Heer (SVP, Zürich): Zur neuen Bildungspolitik der SP: Mit grosser Freude hat die SVP heute von der neuen Bildungspolitik der SP Kenntnis genommen. Im inoffiziellen SP-Medienorgan «Blick» wurde diese heute auf der Titelseite in fetten Lettern vorgestellt. Die SVP begrüsst die 180-Grad-Kehrtwende der SP bezüglich Ausländern an Schweizer Schulen und stellt mit Befriedigung fest, dass die SP zwar spät, aber dafür umso medienwirksamer auf die Position der SVP eingeschwenkt ist.

Hat die SP noch vor kurzer Zeit eine SVP-Motion bezüglich Problematik von schlecht Deutsch sprechenden Schülerinnen und Schülern mit der Begründung abgelehnt, dass diese gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit, gegen das Diskriminierungsverbot, gegen die Kinderrechtskonvention, gegen die Antirassismus-Strafnorm sowie gegen den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verstosse, hat man nun doch eingesehen, dass es tatsächlich Schulkreise gibt, in welchen der grosse Anteil an schlecht Deutsch sprechenden Schülerinnen und Schülern Probleme ergibt.

Bravo, liebe SP, dass nun auch sie, wie die alte Fasnacht zwar, aber dennoch endlich realisiert haben, was die SVP schon lange wusste. Der Ansatz der SP, dass nicht die sprachliche Fähigkeit das Kriterium für die Einteilung der Schüler in Schulkreise sein soll, sondern lediglich die Nationalität, widerspricht den eigenen, vor nicht allzu langer Zeit in diesem Rat gemachten Aussagen.

Wenn die SP bisher nichts anderes wusste, als vernünftige SVP-Vorschläge in diesem Rat abzulehnen und nun eigene Vorschläge lediglich in den Massenmedien zwecks Parteiprofilierung vorstellt, vermittelt sie nichts anderes als billigste Wahlpropaganda auf dem Buckel der Ausländer.

12398

Wir werden bei Paragraf 25, Volksschulgesetz, Antrag Hansjörg Schmid, sehen, ob die SP den Tatbeweis erbringt oder aber, ob es sich bei der neuen Bildungspolitik um nichts anderes als um populistische Schaumschlägerei handelt.

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Es findet eine Abendsitzung mit Beginn um 19.30 Uhr statt.

Zürich, 28. Mai 2002

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 24. Juni 2002.